

31. Sitzung vom 5. November 2020

Sitzungsdauer	19.00 Uhr bis 22.00 Uhr
Vorsitz	Gabriele Olivieri, Präsident
Protokoll	Patricia Meyer, Sekretärin
Stimmzähler	Andreas Wolf Manuela Ehmann Michael Segrada
Anwesend	30 Mitglieder, ab 19.30 Uhr 31 Mitglieder
Abwesend	Olivier Barthe, entschuldigt Maya Ritschard, entschuldigt Peter Metzinger, entschuldigt Otilie Dal Canton, entschuldigt Rudolf Marty, entschuldigt
Behördenvertreter	Roger Bachmann, Stadtpräsident Heinz Illi, Stadtrat Rolf Schären, Vizepräsident Anton Kiwic, Stadtrat Lucas Neff, Stadtrat Reto Siegrist, Stadtrat Philipp Müller, Stadtrat
Weibeldienst	Marco Bisa, Polizeichef

Mitteilungen

- a) Aufgrund der neuen Coronasituation musste die Sitzung kurzfristig in die Stadthalle verlegt werden. Die Bestuhlung ist so, weil tagsüber eine Abschlussprüfung einer Fachhochschule durchgeführt wird. Die Tische und Stühle wurden desinfiziert. Es gilt eine generelle Maskenpflicht für alle ausser dem Redner/der Rednerin am Mikrofon. Das Rednerpult wird nach jedem Votum desinfiziert und das Mikrofon abgedeckt.
- b) Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 3. Dezember 2020 wiederum in der Stadthalle statt. Wie die Sitzung durchgeführt wird, wird noch bekannt gegeben.
- c) Der Stadtrat hat am 2. November 2020 die Interpellation von Olivier Barthe betreffend Attraktivität Dietikons als Standort für Co-Working steigern beantwortet.
- d) Der Stadtrat hat am 2. November 2020 die Interpellation von Peter Metzinger betreffend Bilanz Standortförderung durch die Limmatstadt AG beantwortet.
- e) Wegen Corona findet das Neujahrskonzert im Januar 2021 nicht statt.
- f) Auflage: Übersichtsliste Fragestunde und Imagebroschüre Stadt Dietikon

Protokoll

Das Protokoll der Sitzung vom Donnerstag, 1. Oktober 2020, wird genehmigt.

31. Sitzung vom 5. November 2020

B2.A Behörden, Gremien
Kernzonenkommission
Ersatzwahl

Martin Christen, Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK) schlägt als Ersatz für den zurückgetretenen Manuel Peer (SP) Johannes Küng (SP), Dietikon, als Kandidat vor.

Es werden keine anderen Kandidaten vorgeschlagen.

Der Gemeinderat beschliesst:

Anstelle des zurückgetretenen Manuel Peer (SP) wird Johannes Küng (SP), Dietikon, für die restliche Amtsdauer 2018 - 2022 als Mitglied einstimmig in die Kernzonenkommission gewählt.

Rechtsmittel:

1. Eine Wahablehnung muss gemäss § 46 Abs. 1 des Gesetzes über die politischen Rechte innert fünf Tagen, von der Mitteilung der Wahl an gerechnet, dem Gemeinderat schriftlich mitgeteilt werden.
2. Gegen diese Wahl kann wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. c i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 21a und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Johannes Küng, Birmensdorferstrasse 14, 8953 Dietikon;
- Baukommission;
- Stadtkanzlei, Behördenverzeichnis;
- Stadtrat.

B1.01.04.00 Teilbauordnungen, Gestaltungspläne, Diverse

Privater Gestaltungsplan "In der Lachen"

Festsetzung, Antrag

Der Stadtrat hat mit Antrag und Weisung vom 6. Juli 2020 beim Gemeinderat die Festsetzung des privaten Gestaltungsplans "In der Lachen" beantragt.

Das Büro des Gemeinderates hat der Geschäftsprüfungskommission (GPK) das Geschäft zur Vorberatung überwiesen.

Die Stellungnahme der GPK übernimmt Philipp Sanchez (SP). Er erklärt, dass der Gestaltungsplan von Severin Lüthy, Leiter Stadtplanungsamt, sowie Herrn Verardo, Präsident der Baugenossenschaft Schönheim, vorgestellt wurde. Zusammen mit weiteren involvierten Mitarbeitenden und Planern wurde in der GPK ausführlich über das Projekt und das bisherige Vorgehen berichtet. Das Ziel der Überbauung ist, die bestehende Siedlung zu ersetzen und quartierverträglich zu verdichten. In den Augen der GPK ist das gut gelungen. Es wurde auf verschiedenste Ansprüche punkto Ökologie, Erscheinungsbild, Wohnkomfort und Zusammenleben Rücksicht genommen.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Anstelle des jetzigen Kindergartens wird die Stadt Dietikon in der neuen Siedlung langfristig einen Doppelkindergarten mieten. Zusätzlich wird ein öffentlicher Weg erstellt, welcher den Kindergarten erschliesst und zusätzlich die Holzmatzstrasse mit der BDWM-Haltestelle verbindet. Auf Einwände ist wo immer möglich Rücksicht genommen worden. Auch die aktuellen Mieterinnen und Mieter sind für den Neubau. Die GPK ist der Meinung, dem Gestaltungsplan zuzustimmen. Es spricht nichts gegen eine Realisierung des Bauvorhabens.

Diskussion

Fraktionsmeinung der SP, Philipp Sanchez: Er informiert, dass der Gestaltungsplan in der SP/AL-Fraktion unbestritten ist. Es freut die Fraktion, zu sehen, wie es dem Projekt gelungen ist, verschiedenste Anliegen und Bedürfnisse zu berücksichtigen. Der rücksichtsvolle Umgang mit den bestehenden Mieterinnen und Mietern ist sehr lobenswert.

Ein nahezu perfekter Anschluss an den öffentlichen Verkehr, überdurchschnittlich viele Veloabstellplätze, ein lebendig gestalteter Aussenraum, Minergie-Standard, Photovoltaik kombiniert mit Wärmepumpe zur Energieversorgung, ein Doppelkindergarten, ein Spielplatz, eine ansprechende Gestaltung und Platzierung von einzelnen Gebäuden, so stellt man sich vor, wie sich Dietikon in Zukunft entwickelt.

Fraktionsmeinung der SVP, Thomas Gartmann: Vorab, die SVP wird dem Gestaltungsplan "In der Lachen" einstimmig zustimmen. Die SVP anerkennt die planerische Leistung der Baugenossenschaft Schönheim, zum Beispiel die Fassadengestaltung wurde so gemacht, dass die Gebäude kleiner wirken als sie effektiv sind. Die Modularität der Wohnungen mit möglichen Zimmererweiterungen sind wegweisend als neue Wohnform. Man begrüsst die enge Zusammenarbeit der Baugenossenschaft mit der Stadt Dietikon und dass in der geplanten Überbauung auch ein Doppelkindergarten Platz findet. Die SVP-Fraktion ist erfreut, dass im Gestaltungsplan die künftigen Ausbauarbeiten der AVA mitberücksichtigt worden sind und somit zu einer harmonischen Gestaltung der Haltestelle Bergfrieden beitragen.

Fraktionsmeinung der Grünen, Catalina Wolf: Das Projekt zum Neubau "In der Lachen" überzeugt durch korrektes und streberisches Vorgehen in jeder Hinsicht.

Zum einen wurden die rechtlichen Bedingungen sauber vorgeprüft. Zum andern wurden auch soziale Aspekte miteinbezogen. So wurden die Genossenschaftler/innen via Abstimmung in das Projekt miteinbezogen und die Hälfte der jetzigen Bewohner werden die neuen Wohnungen bewohnen. Auch auffällig positiv ist der offene Umgang der Baugenossenschaft mit den Einwendungen, welche mehrheitlich berücksichtigt wurden. Die Grünen freut selbstverständlich auch am Projekt, dass viele ökologische Kriterien beachtet worden sind, nicht nur auf energetischer Ebene, sondern auch gestalterisch. Und zuletzt freut es, dass der jetzige Kindergarten durch einen Doppelkindergarten ersetzt wird und so Synergien genutzt werden können. Ein solch optimales Vorgehen wünscht man sich seitens der Stadt, wenn diese ihre eigenen Projekte plant und umsetzt. Die Grüne-Fraktion spricht sich für den privaten Gestaltungsplan aus.

Fraktionsmeinung der EVP, Nadine Burtscher: Die EVP findet das vorgelegte Projekt unterstützenswert und wird deshalb dem privaten Gestaltungsplan zustimmen.

Fraktionsmeinung der FDP, Mike Tau: Die FDP begrüsst die Investition. Das Gebiet erfährt eine Aufwertung. Die Finanzierung entspricht der FDP mit deren Eigenverantwortung. Der Kindergarten kann günstig gemietet werden, was für die künftige Schulplanung von Vorteil ist.

Fraktionsmeinung der CVP, Martin Christen: Es ist ein guter Gestaltungsplan, die CVP stimmt zu. Aufgefallen sind die im Clusterkonzept erstellten Wohnungen, eine an neue Wohnformen genutzte Möglichkeit. Das Energiekonzept ist ökologisch. Die Schule erhält einen neuen Doppelkindergarten in gutem Kosten-/Nutzenverhältnis.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Präsident lässt abstimmen.

Der Gemeinderat beschliesst:

Der Antrag für die Festsetzung des privaten Gestaltungsplans "In der Lachen" wird einstimmig genehmigt.

Rechtsmittel:

1. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
2. Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekursschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Roland Verardo, Präsident, Baugenossenschaft Schönheim, per Mail;
- Leiter Stadtplanungsamt;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtpräsident.

GV4.01.05.01 Parlamentarische Vorstösse, Allgemeines

Fragestunde vom 5.11.2020

Der Stadtrat nimmt zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:

Frage von Peter Metzinger (Michael Segrada) (FDP)

Wie bewertet der Stadtrat die Disziplin bei der Maskentragpflicht im öffentlichen Raum und welche Massnahmen stehen ihm zur Verfügung, die Pflicht bei Bedarf durchzusetzen, insbesondere bei der Bushaltestelle am Bahnhof?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Nach Rücksprache mit der Stadtpolizei wird die Disziplin der Maskentragpflicht im öffentlichen Raum mit gut bewertet. Personen ohne Maske werden durch die Polizei auf die Tragpflicht hingewiesen. In den meisten Fällen stösst dies auf Verständnis und die Maske wird ohne Diskussion angelegt. Bei Personen, die sich auch nach der Aufforderung der Polizei weigern, eine Maske zu tragen, besteht die Möglichkeit auf Verzeigung (Busse) oder einer polizeilichen Wegweisung. Das Aushändigen einer Ordnungsbusse wäre erst wieder möglich, wenn der Bundesrat erneut die ausserordentliche Lage erklären würde.

Frage von Silvan Fischbacher (SP)

Momentan ist die Routenführung bei der Fussgänger- und Velobrücke Herweg über die Autobahn noch durch die Limmattalbahn-Baustelle bestimmt und grosse Umwege sind nötig. Wie wird die Routenführung aussehen, wenn die Limmattalbahn einmal fährt (z.B. für Kantischüler oder für die Verbindung nach Urdorf)?

31. Sitzung vom 5. November 2020

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Der Langsamverkehr wird im Endzustand ab der LV-Brücke Herweg direkt auf einem eigenen Trasse bis zum neuen Kreisel Birmensdorferstrasse/In der Luberzen geführt und an das bestehende Routennetz angeschlossen.

Frage von Andreas Wolf (Grüne)

Wie ist der Stand bei der Umsetzung der seit März 2019 geplanten Massnahmen an der Schönenwerdkreuzung (Monitoring Fachstelle Sicherheit, Markierung, Anpassung Haltestelle, Querungsstelle Wiesenstrasse und LSA-Optimierung Velo-Querung Spitalstrasse)?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Nach Rücksprache mit dem Kanton ist das geplante Monitoring durch die Fachstelle Sicherheit wegen der ausserordentlichen Lage im Zusammenhang mit dem neuen Coronavirus noch nicht durchgeführt worden. Die Massnahme bei der Haltestelle (Versetzen des Infosystems) ist geklärt und umgesetzt. Die Massnahmen im Bereich der Querungsstelle Wiesenstrasse werden im Rahmen des BGK Zürcherstrasse im Detail geklärt. Hier ist der Zeitpunkt noch offen.

Frage von Beat Hess (Grüne)

Für Velofahrende kann ab 1. Januar 2021, sofern signalisiert, das Rechtsabbiegen bei Rotlicht erlaubt werden. Ist der Stadtrat gewillt, dies in Dietikon auch so zu handhaben?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Der Stadtrat ist grundsätzlich offen für diese neue Möglichkeit und ist gewillt, dies einzelfallweise zu prüfen und gegebenenfalls auch die Signalisierung beim Kanton zu beantragen.

Frage von Johannes Küng (SP)

Im Regierungsprogramm hat sich der Stadtrat zum Ziel gesetzt, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und dazu als Massnahme vorgeschlagen, Quartierarbeit zu initiieren und intensivieren. Was ist der Stand dieses Projekts?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Die Arbeit vor Ort in den Quartieren sollte im 2020 insbesondere auch durch das Studio Dietikon lanciert und intensiviert werden. Leider hat die Coronapandemie eine Vielzahl der geplanten Aktivitäten nicht zugelassen. Das Studio Dietikon wird sich nach Möglichkeit aber 2021 wiederum stark in den verschiedenen Quartieren engagieren und so den Grundstein für eine Quartierarbeit legen.

Frage von Catherine Peer (SP)

Wann werden in Dietikon Halbtages-Parkkarten eingeführt und wann wird die neue Parkierungsverordnung, die auf den Herbst 2019, also schon vor einem Jahr, versprochen wurde, festgesetzt?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Die Arbeitsgruppe ist an der Erarbeitung der neuen Parkierverordnung. Wie bereits anlässlich der Fragestunde vom 7. Mai 2020 mitgeteilt, führt die Corona-Krise zu Verzögerungen. Der sportliche Zeitplan der Arbeitsgruppe sieht eine Einführung auf den Sommer 2021 vor.

Frage von Beda Felber (CVP)

31. Sitzung vom 5. November 2020

Welche Massnahmen trifft die Stadt Dietikon während der Pandemie für die Zusammengehörigkeit der Bevölkerung?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Weiterhin steht der Bevölkerung die durch die Stadt betriebene Hotline und die Plattform "dietike hilft" zur Verfügung. Hilfesuchenden Mitbürgern wird schnell Unterstützung vermittelt.

Frage von Kerstin Camenisch (SP)

Die zweite Coronawelle stellt die Dietikerinnen und Dietiker Bewohner, das Gewerbe und nicht zuletzt auch die systemrelevanten Arbeitnehmenden erneut vor erhebliche Probleme. Die Solidarität der ersten Welle scheint verfliegen. Welche Massnahmen werden von der Stadt Dietikon ergriffen, um diesen Problemen etwas entgegen zu stellen?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Der Dietiker Bevölkerung steht nach wie vor die Hotline und die Plattform "dietike-hilft" zur Verfügung. Aktuell konnten diese Woche 3 Hilfeleistungen durch Mitbürger (Einkauf und Hund spazieren führen) vermittelt werden. Wir stellten bei der Vermittlung der Hilfeleistungen weiterhin eine grosse Solidarität fest.

Falls Institutionen wie z. B. Spitex, Alterszentrum, Spital, usw. Unterstützung benötigen, könnte der Zivilschutz zum Einsatz gelangen. Bei grösseren Einsätzen wird dies über den Kanton ausgelöst. Für kleinere Einsätze vermittelt die Gemeindeführungsorganisation die Unterstützung. Zum Beispiel steht zurzeit im AGZ, infolge von personellem Engpass, ein Bademeister im Einsatz, der den technischen Dienst unterstützt. Das örtliche Gewerbe wird durch den Standortförderer betreut.

Frage von Ernst Joss (AL)

Wie unterstützt die Stadt Dietikon Leute mit wenig Geld beim Kauf der Schutzmasken?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Die Stadt Dietikon unterstützt weder aktiv den privaten Maskenkauf noch werden zentral kostenlos Masken abgegeben. Falls eine Person beim Besuch der Stadtverwaltung keine Maske bei sich hat, wird ihm am Empfang kostenlos eine abgegeben. Über die Bevölkerungs-Hotline ist bis heute kein Bedürfnis an Unterstützung beim Maskenkauf eingegangen.

Frage von Silvan Fischbacher (SP)

Hat die Stadt Dietikon die Kompetenz, in eigener Regie Bordsteine, z.B. bei Lichtsignalen, abzuschrägen (für Rollatoren, Velos, usw.)? Falls ja, gäbe es eine Möglichkeit, "rollatorfreundliche" Wege einzuführen, z.B. vom AGZ ins Zentrum?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Bei Strassen, welche im Eigentum der Stadt sind, können die Randsteine in eigener Kompetenz angepasst werden. Höhendifferenzen zwischen Fussgängerbereich und Fahrbahn müssen für Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator überwindbar aber auch für Menschen mit Sehbehinderung spürbar sein. Im Zusammenhang mit einer Strassensanierung werden die Übergänge geprüft und wo nötig angepasst (Bsp. Limmatfeld, Limmattalbahn, Doppelspurausbau AVA usw.).

Frage von Andreas Wolf (Grüne)

31. Sitzung vom 5. November 2020

Werden die im Gesamtverkehrskonzept für die Steinmürlistrasse vorgesehenen Massnahmen wie geplant bis 2022 umgesetzt?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Die im sGVK grob definierten Massnahmen müssen im Rahmen der Erarbeitung eines BGK weiter präzisiert und in den Gesamtkontext eingebettet werden. Diese Arbeiten sollen 2021 aufgenommen werden. Eine Umsetzung bis 2022 wird nicht möglich sein (und war nie geplant!), da eine Umsetzung erst nach Abschluss des Doppelspurausbaus erfolgen kann. Die vorzeitige Realisierung von einzelnen Massnahmen wird geprüft.

Frage von Beat Hess (Grüne)

Baustelle Bremgartnerstrasse: hat sich hier irgendjemand Gedanken gemacht, wie Velofahrende und Fussgängerinnen und -gänger wie Schülerinnen und Schüler sicher zu den Geschäften (Limmattbeck, Facette, Coop usw.) und zum Schulhaus Zentral gelangen? Es ist auf der einen Seite sehr eng und gefährlich, weil die Bauabschränkungen die Sicht verdecken, zeitweise stehen auch Baufahrzeuge auf den Fussgängerstreifen.

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Die ohnehin engen Platzverhältnisse sind für alle Beteiligten wie Anstösser, Kunden, Verkehrsteilnehmende und Unternehmen sehr herausfordernd und führen immer wieder zu gegenseitigen Behinderungen. Dies betrifft nicht nur Velofahrende und Fussgänger, sondern auch den MIV und den ÖV sowie die Bauarbeiten selbst. Während der Bauzeit ist weiterhin mit diversen kurzzeitigen Störungen zu rechnen. Die Limmattalbahn AG versucht, zusammen mit den beteiligten Partnern (Unternehmungen, Kantonspolizei, Stadtpolizei, TBA, Stadtplanungsamt usw.) diese Beeinträchtigungen so erträglich und sicher wie möglich zu gestalten.

Frage von Johannes Küng (SP)

Immer wieder wird seitens des Gemeinderats vom Stadtrat mehr Mut gefordert. Wie schätzt der Stadtrat das eigene Handeln ein?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Was Mut bedeutet ist sehr subjektiv. Mut ist u.a. gleichzusetzen mit Furchtlosigkeit - Furcht oder Angst hat der Stadtrat mit Sicherheit keine und man ist auch bereit Dinge zu tun und dafür geradzustehen, die man für richtig hält, auch wenn dafür mit Kritik gerechnet werden muss, vielleicht auch von Seiten des Parlaments - also ja, wir sind mutig! Ich habe vorgestern in der RPK das Budget der Präsidialabteilung vorstellen dürfen. Wenn ich mir den Voranschlag für das nächste Jahr insgesamt anschau, dann glaube ich nicht, dass man dem Stadtrat in Anbetracht der aktuell alles andere als einfachen Situation Mutlosigkeit vorwerfen könnte; wir schauen optimistisch und mutig in die Zukunft! Manchmal wäre man vielleicht gerne noch mutiger, dabei gilt es aber nicht zu vergessen, dass beim Tun und Handeln stets die Rechtsstaatlichkeit und das Legalitätsprinzip eingehalten und auch die in personeller und finanzieller Hinsicht zur Verfügung stehenden Ressourcen beachtet werden müssen. Darum sind dem Mut manchmal eben auch Grenzen gesetzt.

Frage von Catherine Peer (SP)

Besteht die Möglichkeit, die nächste Gemeinderatssitzung als Livestream aufzuschalten?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

31. Sitzung vom 5. November 2020

Eine Umfrage bei den anderen Parlamentsgemeinden hat gezeigt, dass nur während des Lock-downs vereinzelte Livestreams durchgeführt wurden. Nach der Lockerung des Versammlungsverbots sind alle Parlamente - soweit uns bekannt - wieder zurück zur physischen Präsenz des Publikums gewechselt, dies unter Einhaltung der allgemein bekannten Schutzmassnahmen (Hygiene, Maske, Abstand bzw. separater Bereich für Publikum und Aufnahme der Kontaktdaten).

Die Kosten für einen Livestream bewegen sich je nach Qualitätsanspruch zwischen Fr. 1'000.00 bis Fr. 10'000.00 pro Sitzung. Die meisten Parlamentsgemeinden haben sich aus Kosten- und anderen Gründen und weil letztlich Aufwand und Ertrag in keinem Verhältnis stehen gegen einen Livestream entschieden.

Die Stadt Dietikon verfügt im Kulturbereich seit kurzem über eine eigene rudimentäre Streaming-Kamera, womit es grundsätzlich möglich wäre, einen Livestream via Internet zu übertragen und die Gemeinderatssitzung allen Bürger/innen zugänglich zu machen. Es bräuchte bei dieser Lösung noch minimalen technischen Support, wobei sich die Kosten schätzungsweise im Bereich von Fr. 500.00 bis Fr. 1'000.00 pro Sitzung bewegen würden. Allerdings ist zu beachten, dass es sich hier um eine "Lowcost-Lösung" mit einer einzigen Bildeinstellung handeln würde; Dinge wie Wechsel von Total- zu Nahaufnahme, Bildschnitte mit Regie, Einblender von Namen und dergleichen sind nicht möglich.

Letztlich liegt der Entscheid aber beim Parlament, ob eine einfache Livestreamvariante in Erwägung gezogen oder aber Publikum unter Einhaltung der BAG-Richtlinien wieder physisch zugelassen werden soll.

Frage von Beda Felber (CVP)

Wann und wie wird die Bevölkerung von Dietikon zu den geltenden Ruhezeiten informiert?

Antwort von Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand

Die geltenden Ruhezeiten sind in der Polizeiverordnung der Stadt Dietikon vom 3. November 2011 in Artikel 20 geregelt. Die Polizeiverordnung kann auf der Homepage eingesehen und heruntergeladen werden.

Falls mit dieser Frage die Sperrstunde infolge Corona gemeint sein sollte, ist es so, dass diese für Restaurants von 23.00 - 06.00 Uhr gilt. Dies ist auf den Flyern des Bundes publiziert und auf der Homepage der Stadt Dietikon ist dies über die News zur Corona-Situation ebenfalls kommuniziert.

Frage von Andreas Wolf (Grüne)

Wann wird die für 2017/18 vorgesehene Umsetzung der Tempo 30-Zone Neumatt endlich realisiert?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Ein Tempo 30-Gutachten ist in Arbeit und ein erster Entwurf wird bis Ende 2020 erwartet, so dass der Stadtrat 2021 über die Einführung von T-30 entscheiden kann. Aufgrund der Umleitung im Zusammenhang mit der Limmattalbahn sind die Bäcker- und Merkurstrasse nicht Bestandteil des Gutachtens.

Frage von Beat Hess (Grüne)

Hat der Entscheid des Preisüberwachers in Sachen Abfallgebühren der Limeco finanzielle Auswirkungen auf Dietikon und auf die Einwohnerinnen und Einwohner?

Antwort von Lucas Neff, Infrastrukturvorstand

31. Sitzung vom 5. November 2020

Der Eidgenössische Preisüberwacher hat am 18. September 2020 mitgeteilt, dass er eine Verfügung erlassen hat; mit dieser verpflichtet er Limeco, ab 1. Januar 2021 den Verrechnungspreis für Siedlungsabfall für ihre Zürcher Einlieferungsgemeinden von Fr. 150.00 auf Fr. 102.00 pro Tonne zu senken.

Einen direkten Bezug gibt es bei einer Umsetzung allenfalls auf die Sackgebühren. Eine Variante wäre auch eine Reduktion der Grundgebühren. Bei einem 35 Liter-Sack ergibt eine direkte Umsetzung rund 20 Rappen Einsparung, heutiger Preis Fr. 1.70. Bei einem Sack pro Woche also im Jahr Total Fr. 10.00. Das scheint wenig. Im Sackpreis ist eben auch das Einsammeln, die periodische Reinigung der Container, die Grundorganisation usw. enthalten.

Auf der anderen Seite muss in ein paar Jahren die aktuelle Kehrrichtverwertungsanlage ersetzt werden. Ziel der Limeco, bzw. ihrer Trägergemeinden, darunter Dietikon, ist es, bis dahin 40 % Eigenkapital für diese neue Anlage erwirtschaftet zu haben. Aktuell erreicht sie aber nur knapp unter 30 %. Die Verfügung des Preisüberwachers schmälert bei einer Umsetzung diese Eigenkapitalbasis hochgerechnet auf unter 22 %. Letztendlich geht es also darum, wie viel Fremdkapital für die Realisierung der neuen Anlage aufgenommen werden muss, bzw. ob man bereits heute Geld anspart für die Zukunft oder lieber später Schulden abstottert.

Die Limeco gehört den Trägergemeinden. Die Trägergemeinden mit den Delegierten des Kontrollorgans bestimmen jährlich den Einlieferetarif bei der Limeco, eben die aktuellen Fr. 150.00 pro Tonne. Es gibt auch immer einen Austausch mit dem Kanton. Da mutet es seltsam an, dass der Preisüberwacher in dieses demokratische System eingreift. Grundsätzlich kommt es ja auch nirgends zu einer Abschöpfung eines Gewinnes oder es ist eine bedeutende finanzielle Belastung im Allgemeinen aber auch speziell von Schwächeren. Es ist die Aufgabe, als Politiker vorzusorgen. Egal, ob Legislative oder Exekutive. Der Zielwert beim Eigenkapital von 40 % ist eine solche Vorsorge. Eine Reduktion davon birgt immer ein erhöhtes Risiko. Um mit der Ausgangsfrage der finanziellen Auswirkungen für Dietikon abzuschliessen: Die Schmälerung des Eigenkapitals bedeutet die Erhöhung des finanziellen Risikos einer künftigen KVA für Dietikon.

Der Rekurs der Limeco gegen die Verfügung des Preisüberwachers ist für Dietikon und seine Einwohner/Innen wichtig und richtig.

Frage von Andreas Wolf (Grüne)

Welcher Strommix wird in den städtischen Liegenschaften bezogen?

Antwort von Anton Kiwic, Hochbauvorstand

Die Stadt bezieht das Stromprodukt "Energy for Business" von den EKZ. Es besteht zu 100 % aus Strom aus Schweizer Wasserkraft. Zusätzlich erwirbt die Stadt von Limeco jährlich Ökostrom-Zertifikate (80 % naturemade basic (Strom aus der KVA Dietikon), 20 % naturemade star (2.5 % Biomasse, 17.5 % Wasserkraft)) im Umfang des Gesamtverbrauchs der städtischen Liegenschaften. Eine hohe ökologische Qualität des verbrauchten Stroms ist also sichergestellt.

Frage von Beat Hess (Grüne)

Zu den Plakaten der Standortförderung, sog. "Testimonial-Kampagne": Wer war verantwortlich für die oder beteiligt an der Wahl der Köpfe (Geschlechterverhältnis, z.T. unbekannte Gesichter, alle in Dietikon auch wohnhaft?), der grafischen Umsetzung (das Blau fällt im Umfeld der leuchtend roten Bauabschrankungen nicht auf), an der Wahl der Standorte und der zeitlichen Staffelung sowie an der Koordination mit andern Plakataktionen der Stadt?

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

31. Sitzung vom 5. November 2020

Für die Plakatkampagne wurden Persönlichkeiten ausgewählt, die Ausstrahlungskraft besitzen und die sich durch ihr Wirken für die Stadt hervorgetan haben - als Unternehmer, Sportler, Künstler oder in der Gastronomie. Auf die Einbindung von Politikern wurde dabei bewusst verzichtet. Besonderen Wert wurde auf den ausgewogenen Mix an Frauen und Männern gelegt. Die Selektion der Personen erfolgte in Absprache zwischen dem Stadtpräsidenten und der Standortförderung. Bei der Gestaltung der Plakate hat man darauf geachtet, dass sich diese von Wahlplakaten abheben. Dazu gehörte auch die Farbgebung, bei der man sich auf das Dietiker Blau geeinigt hat. Die Plakate wurden in Abstimmung mit der Infrastruktur an Hochfrequenzlagen rund um den Bahnhof und im Quartier Limmatfeld aufgestellt.

Frage von Beat Hess (Grüne)

Welche Beeinträchtigung der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der Poststrasse (zwischen Schöneegg- und Zürcherstrasse) erachtet der Stadtrat als noch zumutbar? Was gedenkt er zu tun, um die Not der Anwohnerinnen und Anwohner schnellstmöglich zu lindern? Seit dem Start der Arbeiten in der Bremgartnerstrasse im August verkehren durch die Poststrasse sechs Buslinien. Pro Woche fahren also gut 1'200 Busse durch die enge Strasse, sprich ca. alle fünf Minuten einer. Den Erschütterungen, dem Lärm und den Abgasen sind die Anwohnerinnen und Anwohner hilf- und schutzlos ausgeliefert.

Antwort von Roger Bachmann, Stadtpräsident

Mit dem Bau der Limmattalbahn sind zahlreiche vorübergehende Unannehmlichkeiten verbunden. Diese betreffen nicht nur die unmittelbaren Anlieger der Baustelle, sondern indirekt auch Bewohnende in weiter entfernten Liegenschaften, wie z.B. der Poststrasse. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Belastung der Poststrasse bereits hoch ist und wird sich bei den zuständigen Stellen deziert gegen eine zusätzliche Erhöhung der Verkehrsbelastung einsetzen. Auch von Seite der Stadtpolizei wird das derzeit Mögliche unternommen, um ortsfremden Verkehr von der Poststrasse fernzuhalten.

Es wurden insgesamt 20 Fragen beantwortet.

U1.01.03.00 Lärm, Fluglärm, Allgemeines

Verkehrslärmbelastung in Dietikon

Beantwortung Interpellation

Mike Tau (FDP), Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 7. Mai 2020 folgende Interpellation eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Besteht seitens Stadtrat ein Konzept zur weiteren Lärmbekämpfung in Dietikon, z.B. durch bauliche Massnahmen? Falls ein Konzept existiert: Welche Massnahmen sind darin vorgesehen?*
2. *Falls Massnahmen vorgesehen sind: Besteht ein Zeitplan für die Umsetzung derselben und für wann sind welche Schritte vorgesehen?*
3. *Ist die Stadtpolizei Dietikon standardmässig mit Lärmmessgeräten ausgerüstet? Falls dies nicht der Fall sein sollte: Ist der Stadtrat bereit, solche Geräte anzuschaffen?*

Begründung

Die Lärmbelastung in Dietikon durch Autos und Motorräder wird von Teilen der Bevölkerung als zu hoch empfunden. Die Situation hat sich seit den letzten Vorstössen zu dieser Thematik gefühlt nicht oder allenfalls nur wenig verbessert. Offenbar reichen die bisherigen Bemühungen der Stadt nicht aus, um dieser Sache Herr zu werden. Darunter leidet wohl auch die Attraktivität von Dietikon.

Es ist bekannt, dass gewisse Fahrzeuge beim Messverfahren der Zulassungsprüfung eine bestimmte Zeit lang ein technisches Schlupfloch nutzten, im Verkehr unter Alltagsbedingungen dann aber zu laut waren und sind. Dies bedeutet aber nicht, dass mit solchen Fahrzeugen zu jeder Tages- und Nachtzeit beliebig viel Lärm an beliebigen Orten verursacht werden darf; auch für diese Fahrzeuge gilt die Bestimmung von Art. 42 Abs. 1 SVG: "Der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern, namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch, zu unterlassen und das Erschrecken von Tieren möglichst zu vermeiden". Darunter fällt z.B. "fortgesetztes unnötiges Herumfahren in Ortschaften" (Art. 33 Abs. 1 lit. d VRV).

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwiefern die entsprechenden Bemühungen der Stadt Dietikon in Zukunft verstärkt werden können, so dass eine objektiv messbare Lärmberuhigung stattfindet, welche sich auch subjektiv bei der Bevölkerung bemerkbar macht. Denkbar wären z.B. bauliche Massnahmen wie die Erhöhung der Anzahl mit Schwellen ausgestatteten 30er-Zonen. Diese würden ein starkes Beschleunigen auf kurzer Strecke zumindest erschweren. Sodann könnten "Lärmblitzer" helfen, nicht typenkonforme Fahrzeuge zu identifizieren, welche Lärm weit jenseits der üblichen Lautstärken von z.B. mit Auspuffklappen ausgerüsteten Fahrzeugen emittieren. Solche Fahrzeuge wurden bis anhin offenbar von Polizistinnen und Polizisten festgestellt. Es stellt sich somit ebenso die Frage, ob die Stadtpolizei Dietikon standardmässig mit geeigneten Lärmmessgeräten ausgerüstet ist, um solche Fahrzeuge bei Verkehrskontrollen jederzeit auszumachen zu können."

Mitunterzeichnende:

Silvan Fischbacher	Sven Johannsen	Beat Hess	Ernst Joss
Martin Steiner	Maya Ritschard	Olivier Barthe	Andreas Wolf
Catalina Wolf-Miranda	Roland Schürch	Kerstin Camenisch	Martin Christen

Die Interpellation von Mike Tau (FDP) wurde im Gemeinderat am 4. Juni 2020 begründet und wird wie folgt beantwortet:

Vorbemerkungen

Der Stadtrat teilt die Einschätzung, dass das unnötige Verursachen von Lärm durch einzelne Auto- und Motorradfahrerinnen und -fahrer ein Problem darstellt und die Lebensqualität von Anwohnerinnen und Anwohner an belasteten Strecken unnötig und teilweise erheblich einschränkt.

Die Stadtpolizei Dietikon führt - neben der ordentlichen Patrouillentätigkeit - regelmässig Schwerpunktkontrollen durch, um die Verursachenden von unnötigem Lärm zu ermitteln. Das Strassenverkehrsgesetz ermöglicht der Polizei, bei Fahrzeugen, die vermeidbaren Lärm erzeugen, entsprechende Massnahmen zu ergreifen. Stellt die Polizei bei Fahrzeugen fest, dass sie nicht den Vorschriften entsprechen, so kann sie die Weiterfahrt verhindern und nötigenfalls das Fahrzeug sicherstellen. Sie kann das Fahrzeug auch einer ausserperiodischen Nachprüfung durch das Strassenverkehrsamt unterziehen lassen. Wie vom Interpellant angetönt, können zudem Lärmbelästigungen, die durch die Lenkerin oder den Lenker vermieden werden könnten, geahndet werden.

Lärmblitzer

Betreffend der in der Begründung des Interpellanten angesprochenen Einsatzes von Lärmblitzern ist anzumerken, dass der Einsatz eines solchen Messgeräts eine grundlegende Anpassung der geltenden bundesrechtlichen Vorschriften bedingt. Insbesondere ist die veraltete Vorbeifahrtsmessmethode nach Anhang 6 der Verordnung vom 19. Juni 1995 über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (SR 741.41) zu revidieren. Ohne entsprechende Rechtsgrundlagen sind bei der polizeilichen Kontrolltätigkeit rechtlich verwertbare Vorbeifahrtsmessungen mit Sanktionsmöglichkeiten

31. Sitzung vom 5. November 2020

nicht möglich. Am 11. Juni 2020 wurde dem Nationalrat eine entsprechende Initiative zur Schaffung eben dieser rechtlichen Grundlage eingereicht.

Zu Frage 1

Ein Konzept zur weiteren Lärmberuhigung durch bauliche Massnahmen besteht nicht. Dies wäre aus Sicht des Stadtrates auch nicht zielführend. Bei den meisten Strassen, die einerseits durch die Bevölkerung und andererseits durch die Stadtpolizei als lärmbelastet bezeichnet werden, handelt es sich um Staatsstrassen und nicht um kommunale Strassen. Diese befinden sich somit nicht im Eigentum der Stadt Dietikon. Andererseits ist bei baulichen Massnahmen mit Schwellen, wie sie in der Interpellation angesprochen werden, umstritten, ob sie effektiv zur Lärmreduktion beitragen. In Langsamfahrzonen (z.B. Tempo 30 oder Begegnungszonen) dienen sie zur Reduktion der Geschwindigkeit. Es verhindert jedoch nicht das zu schnelle Beschleunigen, das hochtourige Fahren in niedrigen Gängen und das Hochdrehen des Motors zwischen den Schwellen.

Um dem Lärm entgegenzuwirken werden rein polizeiliche Massnahmen ergriffen. Einerseits wurde durch regelmässige Schwerpunktkontrollen die Polizeipräsenz markant erhöht und andererseits konnte die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei Zürich stark intensiviert werden. Die Polizeifunktionäre der Stadtpolizei können in Sachen Ausbildung sehr vom Fachwissen der Spezialisten der Kantonspolizei profitieren. Im Weiteren können bei grossangelegten Kontrollen die personellen Ressourcen optimal eingesetzt werden.

Durch die intensivierete Kontrolltätigkeit konnte jüngst ein Hotspot von Autoposern aufgelöst werden. Nach Gesprächen mit dem Grundeigentümer konnte die Örtlichkeit durch individuelle Massnahmen, die durchaus auch baulicher Natur sein können, für zukünftige Treffen unzugänglich gemacht werden.

Zu Frage 2

Die genannten polizeilichen Massnahmen werden bereits umgesetzt und laufend der aktuellen Situation angepasst. Aufgrund der Meldungen aus der Bevölkerung und den Erfahrungen der Polizei wird die durch die Kantonspolizei und Stadtpolizei gemeinsam geführte "Hotspot"-Liste regelmässig aktualisiert. Diese dient als Grundlage für die tägliche Patrouillentätigkeit und für die Planung von Schwerpunktkontrollen.

Zu Frage 3

Die Stadtpolizei Dietikon verfügt über Hilfsmittel, mit denen sie schnell und spontan Lärmmessungen durchführen können. Bei der Feststellung von unnötig verursachtem Lärm (z.B. hohe Motordrehzahl im Leerlauf, Fahren in niedrigen Gängen oder zu schnelles Beschleunigen usw.) führt dies zur Verzeigung des Fahrzeuglenkers (Art. 42 SVG und Art. 33 VRV), auch wenn der Lärm mit technisch konformen Fahrzeugen verursacht wird. Besteht bei einer Kontrolle der Stadtpolizei infolge der Lärmmessung der Verdacht von unerlaubten technischen Änderungen, kann das Fahrzeug stillgelegt und dem Stützpunkt der Kantonspolizei Zürich nach Urdorf zugeführt werden. Die Spezialisten dort verfügen über die nötigen Installationen für eine beweissichere Feststellung.

Diskussion

Mike Tau (FDP) bedankt sich für die ausführliche Antwort. Er erklärt nochmals, wie er seine Idee zum Blitzer gemeint hat. Die Erfassung solcher Fahrzeuge könnte rationalisiert und mit tiefen Personalkosten durchgeführt werden: Statt 5 Stunden Polizeipräsenz könnte die Kontrollaufgabe der Blitzer übernehmen. Die Präsenz lärmverursachender Autos wurde reduziert, vermutlich mit Anstrengungen durch die Polizei? Falls ja, besten Dank. Bauliche Massnahmen könnten auf kommunalen Strassen in Erwägung gezogen werden. Der Vorschlag für 30er-Zonen kommt zwar von Seiten Mike Tau, eventuell hat der Stadtrat noch andere valable Vorschläge? Polizeikontrollen sind zwar auch gut, aber oft zu spät, vor allem wenn es Hotspots gibt. Mit baulichen Massnahmen könnten Hotspots verhindert werden.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Ernst Joss (AL) meint, das Problem mit lärmenden Autos wurde bereits in seinem Vorstoss im 2016 und auch weiteren Vorstössen behandelt. Es ist ein reales, wichtiges Thema. Der Stadtrat hat es damals noch nicht so ernst genommen. Kontrollen sind nötig aber teuer. So gibt es eine Wirkung. Im Kanton Luzern wurden Lärmmessungen gemacht. Ein ähnlicher Vorstoss im Kantonsrat Zürich wurde leider nicht überwiesen, was ihn ärgerte. Ein Vorstoss betreffend Lärmblitzer im Kantonsparlament Luzern durch die Grünen kam nicht zustande, weil es juristisch nicht abgedeckt war. Mit Messungen findet man aber die illegale Leistungssteigerung eines Fahrzeuges heraus. Bei Tempo 30 gibt es wesentlich weniger Lärm und es ist auch weniger spannend, um zu beschleunigen. Tempo 30 würde sicher etwas bringen. Da die betroffenen Personen für ihre Rundfahrten immer die gleichen Strecken befahren, sind Kontrollen nötig. Bei Gesprächen mit Bewohnern ist aufgefallen, dass man durch die intensive Baustelle zwar den Baulärm hat, auch nachts, aber vor dem Autolärm hat man mittlerweile mehr Ruhe. Man kann mit Kontrollen und Messungen etwas erreichen und muss dranbleiben, die Bevölkerung nimmt es als Problem wahr.

Anton Felber (SVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und merkt an, dass es zurzeit noch keinen verlässlichen und einsatzfähigen Lärmblitzer gibt, welcher den Ansprüchen genügen würde. Zudem ist es so, wie der Stadtrat schreibt, dass zuerst eine gesetzliche Grundlage für einen Einsatz eines Lärmblitzers geschaffen werden muss.

Es ist schön, dass der Stadtrat nicht einfach die Antwort, welche er vor ca. 3 Jahren geschrieben hat, aus der Schulblade gezogen hat. 2017 hat Anton Felber ein Postulat betreffend Lärmbelästigung und Raserei in Dietikon eingereicht, in welchem es um das gleiche Thema ging. Diese Antwort heute hat eine andere Qualität. Es ging damals auch darum, dass gegen unnötige Lärmbelastung durch Fahrzeuge (Autos, Motorräder usw.) etwas unternommen wird. Damals bestand die Antwort aus Ausreden, warum man nichts gegen die Lärmbelästiger machen könne und dass das Problem überbewertet werde. Am Ende der Debatte bei der Beantwortung gab der Stadtrat doch zu, dass er das Problem ernst nehme und man etwas dagegen tun müsse.

Anton Felber hat damals versprochen, weiterhin ein waches Auge auf die Sache zu halten. Die jetzige Antwort geht zu seiner Freude in die richtige Richtung und man konnte auch aus der Presse entnehmen, was alles gemacht wurde. So wurde, wie vom Stadtrat dieses Mal in der Antwort geschrieben, in jedem Jahr mindestens eine bis zwei Grosskontrollen mit Kantons- und Stadtpolizei, dem Strassenverkehrsamt und zum Teil auch mit Zollfunktionären regionale und überregionale Kontrollen durchgeführt. Übrigens, die letzte wurde im August 2020 gemacht. Es freut, dass die Stadtpolizei über ihre Arbeit, die Kontrollen (nicht nur SVG) und deren Erfolge, in der Presse informiert. So kann man in der Zeitung lesen, wo und wie erfolgreich die Kontrollen waren. Dies hat eine vorbeugende Wirkung. Die Artikel und Pressemeldungen werden gelesen und man weiss, dass man in Dietikon immer mit einer Kontrolle zu rechnen hat. Dies heisst, und ist auch erkennbar, dass die Stadt Dietikon etwas für den Schutz der Bevölkerung macht und ihren Ruf weiter verbessert.

Andreas Wolf (Grüne) freut es, dass man das Problem mit dem Lärm ernst nimmt, aber leider das Konzept zur Lärmberuhigung dazu nicht wahrnimmt, nämlich die Einführung von Tempo 30. Die Umsetzung von Tempo 30 ist der effektivste Lärmschutz. Dies sollte schnellstmöglich geschehen, da in gewissen Quartieren, wie in der Fragestunde gehört, die Umsetzung im Zeitplan hinterherhinkt. Schnelles Beschleunigen und hochtouriges Fahren kann zwischen den Schwellen nicht verhindert werden, aber es ist erwiesen, dass der Lärm mit Tempo 30 um 50 % reduziert werden kann. Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass auch auf Kantonsstrassenabschnitten Temporeduktionen umgesetzt werden. So können die Lärmverursacher besser identifiziert und sanktioniert werden. Denn, Lärmbelästigungen sind schwierig zu beweisen. Lärmblitzer sind in anderen Gemeinden bereits in Betrieb, wie machen es diese? Sind sie vor Gericht nicht verwertbar? Er fordert auf, Lärmblitzer anzuschaffen, sobald die Messungen rechtlich verwendbar sind.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Christiane Ilg (EVP) bedankt sich im Namen der EVP für die Antwort des Stadtrates. Lärm ist erwiesener Weise ein Stressfaktor und beeinflusst das Nervensystem und allgemein die Gesundheit negativ. Als Folge können u.a. vermehrt Bluthochdruck, Kreislaufprobleme und Stoffwechselstörungen auftreten. Lärm gefährdet also die Volksgesundheit und sollte deshalb verhindert oder zumindest reduziert werden. Unnötig verursachter Verkehrslärm muss deshalb geahndet werden, dies ist jedoch nicht immer einfach zu beweisen. Der Einsatz von Lärmblitzern könnte hier Abhilfe schaffen. Man hofft, dass die bundesrechtlichen Vorschriften in kürzester Zeit revidiert werden, um solche Messgeräte effizient und unanfechtbar einsetzen zu können. Es ist schliesslich nicht nur ein Dietiker Problem, sondern fast überall präsent. Sie ist immer froh, wenn sie in den Medien lesen kann, dass zu laute Autos aus dem Verkehr gezogen werden konnten. Sie hofft so auch auf eine abschreckende Wirkung und ein Nachdenken bei den Lärmverursachern.

Martin Christen (CVP) sagt, es sei eine leidige Geschichte mit den Strassenraudis. Er zitiert den Artikel 42 aus dem Strassenverkehrsgesetz: "Der Fahrzeugführer hat jede vermeidbare Belästigung von Strassenbenützern und Anwohnern, namentlich durch Lärm, Staub, Rauch und Geruch, zu unterlassen und das Erschrecken von Tieren möglichst zu vermeiden". Einerseits gibt es diesen Gesetzesartikel, die Verordnung dazu fehlt. Koordinierte Polizeieinsätze sind zu begrüssen, aber es reicht nicht, den Lärmterror einzudämmen. Es braucht weitere Massnahmen. Die Stadtpolizei hat verschiedene Geräte. Wieso arbeitet sie nicht mit diesen Geräten? Es gäbe einen sanften Appell an die Vernunft, ein Kick, um nachzudenken. Werte Stadträte, macht alles, die Bewohner werden es danken.

Mike Tau (FDP) meint, es geht nicht darum, Sanktionen zu ergreifen, sondern Ruhe einzubringen.

Heinz Illi, Sicherheits- und Gesundheitsvorstand, sagt, es braucht die konstante Kontrolltätigkeit der Polizei. Ein Lärmblitzer wird, wenn es ein gutes Modell gibt, angeschafft. Viele Autos mit hochgezüchteten Motoren werden vom Strassenverkehrsamt abgenommen. Die Überprüfung ist sehr aufwendig. Um Autos auf Leistungssteigerung zu prüfen, braucht es Spezialisten. Die Stadtpolizei wird entsprechend ausgebildet. Aber es liegt an der Polizei, zu beweisen, dass etwas nicht stimmt. Es ist in seinem Sinn, einmal mit einem Antrag an den Stadtrat zu gelangen. Die Auto-Gruppierungen aus der Innerschweiz haben gestoppt. Die Polizei möchte die Bevölkerung der Stadt Dietikon unterstützen, man bleibt dran.

Die Interpellation ist mit der Beantwortung des Stadtrates erledigt.

U1.04 Umweltschutz, komplexe Akten

Plastik-Strategie

Beantwortung Interpellation

Beat Hess (Grüne), Mitglied des Gemeinderates, und 8 Mitunterzeichnende haben am 7. Mai 2020 folgende Interpellation eingereicht:

"Im Umgang mit Ressourcen bzw. zur Vermeidung von Abfall soll nach den Grundsätzen "Vermeidung/Verringerung, Wiederverwendung und Wiederverwertung (Recycling)" gehandelt werden. Gerade in Bezug auf Plastik geht die Entwicklung jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Immer mehr davon wird hergestellt und landet im Abfall oder in der Umwelt, mit den bekannten, schädlichen Folgen wie Plastik in Böden und Nahrungsmitteln, Ölverbrauch und damit CO₂-Ausstoss und Klimaerwärmung. Der Anteil des Plastiks im Hausmüll beträgt über fünfzig Prozent.

Bei dieser Art Abfall werden die obgenannten Grundsätze am wenigsten eingelöst. Im Bewusstsein, dass die Thematik aber auch sehr komplex ist, bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

31. Sitzung vom 5. November 2020

1. Welche Strategie verfolgt die Stadt in Sachen Plastik-Abfall?
2. Wie ist diese Strategie begründet?
3. Wie können die Stadt Dietikon und ihre Bevölkerung dazu beitragen, dass bezüglich Plastik vermehrt nach den obgenannten Grundsätzen gehandelt wird?"

Mitunterzeichnende:

Martin Steiner
Nadine Burtscher

Manuela Ehmann
Philipp Sanchez

Catalina Wolf-Miranda
Silvan Fischbacher

Christiane Ilg-Lutz
Kerstin Camenisch

Die Interpellation von Beat Hess (Grüne) und 8 Mitunterzeichnenden wurde vom Gemeinderat am 4. Juni 2020 an den Stadtrat überwiesen, der sie wie folgt beantwortet:

Einleitung

Die Thematik Kunststoffabfälle ist ein sehr aktueller, heiss diskutierter und volatiler Bereich in der Abfallwirtschaft. Die Bürger möchten teils aus Umweltschutzgründen, teils aus monetären Gründen ihren Kunststoffabfall getrennt entsorgen. Zurzeit gibt es kein einheitliches Sammlungs- und vor allem auch kein Sortier- und Verwertungssystem in der Schweiz. Durch die Ankündigung des Migros Genossenschaftsbundes, Kunststoffabfälle zu sammeln und zu verwerten, ist spürbar Bewegung in die Thematik gekommen. Dieses Projekt ist zwischenzeitlich aus regulatorischen Gründen, beruhend auf dem Abfallmonopol, zurückgestellt worden. Gemäss Aussage des Grossverteilers wird das Projekt nach Klärung der Umstände zu einem späteren Zeitpunkt gestartet.

Kunststoffe basieren fast ausschliesslich auf Rohölprodukten. Es gibt sehr viele verschiedene Arten von Kunststoffen. Sortenrein und sauber kann Kunststoffabfall mehrheitlich wieder in den Stoffkreislauf zurückgeführt und wiederverwendet werden.

Aktuell gibt es auch Bestrebungen und sogar konkrete Versuche, unreinen Kunststoffmischabfall in Methanolprodukte, vergleichbar mit Erdölprodukten, zurückzuführen. Grossmehrheitlich wird Plastikabfall aber thermisch verwertet, sei es in Kehrrechtverwertungsanlagen wie der Liméco, wo Teile der Energie als Strom und Wärme gewonnen werden können, aber auch in Zementwerken, die einen grossen Energiebedarf haben. Aktuell gilt eine solche Verwertung als nachhaltig (nachwachsend) und CO₂-neutral, weil man bei der Bilanzierung davon ausgeht, dass dieser Abfall sowieso entsteht.

Grundsätzlich problematisch ist, dass es keine Sortieranlage für Kunststoffe in der Schweiz gibt. Die Studie "Sammelsysteme für gemischte Kunststoffabfälle" vom 11. Mai 2020 der Sofies-Emac AG, Zürich, stellt fest, dass das in der Schweiz gesammelte Material zu 100 % in die Nachbarländer (Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien) transportiert wird. Dort wird der Kunststoff sortenrein sortiert und ein Teil davon zur weiteren Verarbeitung zurück in die Schweiz geführt.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 5'913 Tonnen Kunststoff in der Schweiz gesammelt. 90 % des Sammelgutes bestand aus Zielartikeln wie Flaschen, Becher, Schalen und Folien. Die restlichen 10 % der gesammelten Materialien sind Nicht-Zielartikel. Darunter fallen Materialien wie Metalle, Papier oder Getränkekartons, Störstoffe wie Batterien oder Elektrogeräte, und PET-Getränkeflaschen. Auch die Nicht-Zielartikel wurden soweit möglich einer stofflichen Verwertung zugeführt. Nach der Sortierung wurden 2'960 Tonnen Kunststoffverpackungen stofflich verwertet, während 2'430 Tonnen des Sammelmaterials in Kehrrechtverbrennungsanlagen (970 Tonnen) oder Zementwerken (1'460 Tonnen) energetisch verwertet wurden.

Zu Frage 1

Grundlegend verfolgt die Stadt Dietikon die Strategie zur Vermeidung und zur Verwertung von Abfällen. Die Weiterentwicklung ist seitens der Infrastrukturabteilung und des Stadtrates angedacht. Als Zusätze zu Vermeidung und Verwertung ist die Rückführung des Abfalls in die Stoffkreisläufe und die Ökologisierung des Abfalls wünschenswert.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Eine Strategie, die sich rein auf Kunststoffabfälle bezieht, gibt es nicht. Aktuell bietet die Stadt Dietikon auf der Sammelstelle Zelgli die kostenlose Rücknahme von EPS (Handelsnamen sind Sagex, Styropor) an. Stadintern wird die Sammlung von PET durchgeführt. Bei den öffentlichen Parkanlagen Nötzliwiese und Allmend Glanzenberg wird ebenfalls PET gesondert gesammelt. Zudem sind die Verkaufsgeschäfte verpflichtet, PET zurückzunehmen. Teilweise sammeln sie zusätzlich freiwillig weitere Plastikprodukte.

Die allgemeinen Kunststoffabfälle werden zurzeit mit dem Kehricht gesammelt und der thermischen Verwertung zugeführt, wo sie als hochwertige, CO₂-Abgabe befreite Brennstoffe dienen. Die Kehrichtverwertungsanlage von Limeco ist naturemade basic zertifiziert. Das Schweizer Qualitätszeichen steht für Energie aus erneuerbaren Quellen. Durch die Verwertung wird Fernwärme und Strom produziert.

Zu Frage 2

Im Gegensatz zu den in der Einleitung aufgeführten aufwändigen und umwelttechnisch nicht unproblematischen Prozessen ist das Sammeln, der Transport und die Verwertung des Kehrichts in Dietikon extrem kurz und günstig. Fachstellen von Bund und Kanton und die Branchenfachverbände geben zudem Empfehlungen ab, an denen sich die Infrastrukturabteilung orientiert.

In der am 14. November 2017 veröffentlichten Haltung von BAFU, Cercle Déchets (CD) und Organisation Kommunale Infrastruktur (OKI) zur Sammlung von Kunststoffabfällen aus Haushalten wird unter anderem festgehalten:

- BAFU, CD und OKI können das Bedürfnis der Bevölkerung nachvollziehen, möglichst viele Kunststoffabfälle separat sammeln zu wollen. Eine Sammlung ist aber nur sinnvoll, wenn Kosten und Nutzen in einem angemessenen Verhältnis stehen.
- Gegenüber der separaten Sammlung von gemischten Kunststoffabfällen sind BAFU, CD und OKI skeptisch, da der stofflich hochwertig verwertbare Anteil des Sammelgutes tief ist.
- Je nachdem, wie sich die Situation in den kommenden Jahren aufgrund von technischen Innovationen entwickeln wird, werden BAFU, CD und OKI eine Neubeurteilung vornehmen.

Zu Frage 3

Die aktuelle Strategie ist operativ umgesetzt und bewährter Alltag. Aktuell wird der verbreitete Wunsch zum vereinfachten Trennen und Sammeln von Wertstoffen, darunter auch das Plastikrecycling, weiterentwickelt.

In Gesprächen mit den Abfallverantwortlichen anderer Gemeinden im Bezirk Dietikon wurden die gleichen Herausforderungen in Bezug auf das allgemeine Recycling/Kunststoffrecycling genannt. Ende 2019 wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die eine Lösung für den Bezirk Dietikon ausgearbeitet hat. Diese Arbeitsgruppe besteht aus den Abfallverantwortlichen der Stadt Schlieren und der Stadt Dietikon sowie des Leiters Abfallmanagement der Limeco. Die erarbeitete Lösung wurde im Frühjahr 2020 den Gesundheitsvorständen und den Gesundheitssekretären des Bezirks Dietikon (GVSB) vorgestellt und von allen Gemeinden gutgeheissen.

Die Stadt Dietikon und weitere Gemeinden im Bezirk Dietikon planen, voraussichtlich im vierten Quartal 2020 mit der privaten Wertstoffsammelorganisation "Mr. Green" einen Konzessionsvertrag abzuschliessen. Mr. Green ist ein Dienstleistungsunternehmen, das Recyclingabonnemente verkauft. Die Kunden stellen die gefüllten Wertstoffsäcke an den Abholtagen bereit und Mr. Green sammelt diese ein. Die Säcke werden anschliessend auf dem Areal der Limeco durch Mitarbeiter der Firma Dock-Limmattal sortiert.

Diese Lösung hat folgende Vorteile:

- ein Anbieter im Bezirk Dietikon;
- optimale Routenplanung für den Anbieter;
- zentraler Sortierplatz bei Limeco;
- Sortierung mit Hilfe der örtlichen Niederlassung der Dock-Gruppe (Sozialdienst);

31. Sitzung vom 5. November 2020

- Wertstoffe und Abfälle bleiben im Bezirk;
- Stoffströme können kontrolliert und nachverfolgt werden;
- keine langfristigen Verpflichtungen seitens Dietikon;
- die Handlungsfreiheit bleibt gewahrt.

Die Bevölkerung von Dietikon hat die Möglichkeit, diese Dienstleistung in Anspruch zu nehmen.

Zusammenfassung

Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, Kunststoff zu vermeiden, oder wo nicht möglich, wieder in den Kreislauf einzufügen. Dies ist aber aufgrund der technologischen Möglichkeiten nur bedingt möglich. Es gibt heute keine ganzheitliche, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Lösung. Ein Alleingang in der Kunststoffsammlung ist daher wenig sinnvoll, solange das Sammelgut nicht innerhalb eines übergeordneten Systems wieder in den Kreislauf (wie z.B. PET, Glas und Alu) zurückgeführt werden kann. Mit der Sammlung alleine ist noch kein Abfall vermieden, sondern höchstens umgelagert.

Die Stadt Dietikon wird die neuesten Entwicklungen im Recyclingbereich weiterhin aktiv beobachten und sich an den Empfehlungen und Beurteilungen von BAFU, CD und OKI orientieren.

Diskussion

Beat Hess (Grüne) ist im Grossen und Ganzen sehr zufrieden mit der Antwort des Stadtrates. Sie zeigt, dass er bestens informiert und am Puls der neusten Entwicklungen ist. In Zukunft muss es darum gehen, Kunststoffe vermehrt zu recyceln oder in Produkte zurückzuverwandeln, welche als Treibstoffe verwendet werden können. Hier ist Dietikon aber auf ein schweizweites Vorwärtskommen angewiesen. Wahrscheinlich ist daher die Zusammenarbeit mit "Mr. Green" nicht schlecht, da solche Unternehmen Treiber in diese Richtung sind. Zu hoffen ist einzig, dass dann, wenn die entsprechenden Technologien vorhanden sind, die Limeco, bzw. deren Interesse am Brennstoff, nicht auf die Bremse steht.

Etwas schade ist, dass dem festgestellten Bedürfnis der Bürger, vermehrt Kunststoff sammeln zu können, nicht wenigstens kommunikativ begegnet wird. Anscheinend besteht ein Informationsdefizit, welches evtl. mit einer Kampagne für Private und/oder im Handel angegangen werden könnte. Denkbar, dass solche Ideen existieren, aber noch nicht der richtige Zeitpunkt da ist und sie deswegen nicht erwähnt werden.

Johannes Küng (SP) erklärt, seit einiger Zeit trennt man zuhause Kunststoffe vom restlichen Abfall. Der Kunststoff-Recyclingsack kostet Fr. 2.50 und bedingt einen gelegentlichen Ausflug ins Recyclingparadies nach Spreitenbach. Ab und zu steht er mit seinem Joghurtbecher vor den Recyclingsäcken, löst den Karton ab, entfernt den Aludeckel, reinigt den Plastikbecher und wirft diesen dann in den Recyclingsack. Dann hat er das Gefühl, etwas Gutes getan zu haben.

Die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation von Beat Hess bringt Licht hinter die Bühne des Recycling-Weltmeisters Schweiz. Danke vielmals für die gute und erhellende Antwort! Wie dem Stadtrat und dem Interpellanten ist auch der SP/AL-Fraktion wichtig, dass Kunststoffabfall wo möglich verhindert und ansonsten recycelt wird. Dass dies nicht einfach ist, wird in der Antwort gut erklärt. So scheint es tatsächlich logischer, dass der Joghurtbecher nicht ins Ausland fahren muss, sondern direkt in Dietikon bei der Limeco sortiert werden kann. Kritisch angemerkt werden muss, dass nun eine private Firma, eine Stiftung, mit Personen aus dem zweiten Arbeitsmarkt, das Sortieren übernimmt. Das Sortieren und Recyceln funktioniert also nur, weil es durch die öffentliche Hand quersubventioniert wird. Ob die Outsourcingkaskade zielführender ist als eine eigene Lösung, ist fraglich. Deshalb bestärkt man den Stadtrat bei seinen Bemühungen und wünscht ihm Mut, das Recyclingangebot auszuweiten und hofft, hier bald gute Neuigkeiten vernehmen zu dürfen. Danke vielmals an Beat Hess für das Aufwerfen der Fragen und der Infrastrukturabteilung für die gute Beantwortung.

Eveline Heiniger (SVP) dankt dem Stadtrat für die Antwort. Es ist einmal mehr traurig, dass sich der Interpellant nicht vorab bei den zuständigen Personen in der Infrastruktur selber vorinformiert hatte.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Denn die Interpellation hat sich mit dem Infoabend der Abteilung Infrastruktur überschritten und hätte sich erübrigt. Die Plastikentsorgung / Recycling ist ein aktuelles und wichtiges Thema, ist ein Dauerbrenner und beschäftigt auch die Partei. Es ist tragisch zu sehen, wie viel Plastik in den Weltmeeren herumschwimmt und via Nahrungskette wieder zurückkommt. So kann es nicht weitergehen, man muss sozial- und wirtschaftsverträgliche Lösungen suchen und nicht ideologisch vorgehen. Über alle Parteien hinweg sollte dies nun auch klar sein. Es wird bei diesem Thema die Stadt, die Bevölkerung und jeder Endkonsument in die Pflicht genommen, um dieses Problem einzudämmen. Hier ist die Eigenverantwortung gefragt, man soll nicht wegschauen, wenn jemand etwas einfach auf den Boden wirft. Man hätte auch eine Verordnung, die Bussen erlauben würde.

Wie in der Beantwortung erwähnt ist die Stadt Dietikon bereits in Kontakt mit der Wertstoffsammelorganisation „Mr. Green“. Dies ist eine gute Organisation, die Eveline Heiniger gerne etwas ausführlicher betrachtet. Zusammen sorgen sie dafür, dass möglichst viele Wertstoffe gesammelt und sortiert werden, die dem Wirtschaftskreislauf wieder zugeführt werden können. Die gesammelten wertvollen Materialien werden an die bestehende Infrastruktur von Recyclingunternehmen in der Schweiz zugeführt. Diese sorgen dafür, dass die Wertstoffe in neuen Produkten wieder für Freude sorgen. So spart man haufenweise Rohmaterialien und senkt erst noch den CO₂-Ausstoss und schont die Ressourcen.

Die Firmen setzen auf die Einbindung von Menschen mit schwierigem Lebenslauf oder einer Beeinträchtigung. Diese erhalten eine sinnvolle Beschäftigung im Recyclingservice, welche wieder einen sozialen Mehrwert schafft. Dank ihnen haben viele Mitmenschen einen geregelten Arbeitsalltag, eine sinnstiftende Beschäftigung und die Freude, bei etwas Grosseem dabei zu sein. Somit werden 2 Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Ist doch gut und macht Sinn? Das Angebot von „Mr. Green“ wird sowohl für die Unternehmen und den Privathaushalt angeboten. Sie sammeln alle Plastikwerkstoffe gemischt im Mr. Green-Bag. Das lästige Schleppen zu den diversen Sammelstellen gehört der Vergangenheit an. Am Abholtag holen die Unternehmen die gefüllten Mr. Green-Bags direkt vor der Haustüre ab. Alle plastifizierten Wertstoffe werden dann von Hand aussortiert und an Schweizer Recyclingorganisationen weitergegeben.

Es ist der richtige Schritt in die richtige Richtung. Man befürwortet die Zusammenarbeit der Stadt Dietikon mit der Organisation „Mr. Green“, dem innovativen Superhelden im Bereich Plastik. Wie es heisst, wird die Zusammenarbeit Anfangs 2021 zustande kommen. Man ist sich aber auch bewusst, dass es eine Abfallverordnung gibt bzw. die Abfallsammlung ausgeschrieben wird und der Zuschlag an die Firma F. Steiner AG ging. Vielleicht wäre es sinnvoll, diese Unternehmung in den Prozess einzubinden?

Manuela Ehmann (EVP) sagt, Plastik vermeiden macht Sinn, Plastik sammeln und recyceln aber nicht. Es gibt verschiedene Plastiksorten aber keine Sortieranlage in der Schweiz. Es macht keinen Sinn, den gesammelten Plastik ins Ausland zu transportieren. Er wird dort sortiert und die recycelte Ware kommt wieder zurück in die Schweiz. Ist das ökologisch?

Alle möchten Plastik sammeln und etwas für die Umwelt machen. Ist das wirklich etwas Gutes? Aus Sicht der KVA gibt es Probleme, Brennstoff zu erhalten. Wenn die Bewohner von Dietikon nun Plastik sammeln würde, hätte die KVA weniger Abfall. Diesen müsste sie dazukaufen, was ökologisch keinen Sinn macht. Besser ist es, regional Kunststoff zu sammeln und für die Fernwärme zu verbrennen. Noch besser wäre, keinen Plastik zu benutzen. An der Infoveranstaltung der Infrastrukturabteilung gab es als Geschenk eine Thermosflasche. Das war eine gute Idee, da so Plastik vermieden wird. Gemäss der Antwort des Stadtrates wird stadintern PET gesammelt. Man könnte dies ausweiten mit der Aufstellung weiterer PET-Kübeln im Eingangsbereich. Macht weiter so und beurteilt und setzt die neusten wissenschaftliche Meinungen um. Ziel ist es, Plastik zu vermeiden.

Lucas Neff, Infrastrukturvorstand, dankt für die Interpellation. Das ist ein wichtiges Thema. Ziel ist es, Plastik zu vermeiden. Man stellt auch fest, dass Füllmaterial immer weniger Kunststoff enthält, man

31. Sitzung vom 5. November 2020

ist nachhaltig, Produkte werden ökologisiert. Recycling kennt allerdings keine klaren Antworten. Es gibt keine Rückführung in Erdölprodukte. Er erklärt, wie der Plastik mittels Schiff in verschiedene Länder befördert wird und allerlei daraus gemacht oder auch ins Meer entsorgt wird. Da ist man noch am Anfang der Forschung.

Die Interpellation ist mit der Beantwortung durch den Stadtrat erledigt.

F3.10 Subventionen

ZKB; Gewinnausschüttung, Dividende

Beschlussesantrag

13 Mitglieder des Gemeinderates haben am 3. September 2020 folgenden Beschlussesantrag eingereicht:

"Wir bitten das Büro des Gemeinderates, für die Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende einen Ideen-Wettbewerb zu lancieren.

Begründung

Für die Verwendung des ZKB-Zustupfs hat es schon verschiedene Vorstösse gegeben. Der von den meisten befürwortete Ansatz ist, das Geld je zur Hälfte vom Stadtrat sowie vom Gemeinderat für spezielle Projekte zugunsten der Dietiker Bevölkerung einzusetzen. Dabei könnte jede Gemeinderätin, jeder Gemeinderat 1/36 der Summe für ein von ihr/ihm prädestiniertes Projekt einsetzen.

Ein möglicher Ablauf des Ideen-Wettbewerbs wäre folgender: Mitglieder des Gemeinderates können einzeln oder in Gruppen Projektideen zuhänden des Büros einreichen. Diese werden gesammelt und im Frühling 2021 anlässlich einer Gemeinderatssitzung während z.B. 5 Minuten präsentiert. Anschliessend teilt jedes Mitglied mit, für welches Projekt es seinen Anteil einsetzen möchte.

Die Projekte mit den entsprechenden Kostenzusprachen werden dem Stadtrat übergeben. Dieser erarbeitet daraus Kostenvorschläge für das Budget 2022. Je nach Kostenzusprachen könnten die Projektideen dabei umfangreicher gestaltet werden oder der Stadtrat hätte in diesem Prozess die Möglichkeit, mit seinem Anteil der Dividende einer weniger nachgefragten Idee doch noch zur Realisierung zu verhelfen.

Über die genaue Umsetzung bzw. die Richtlinien dieses Ideen-Wettbewerbs soll das Büro dem Gemeinderat möglichst zeitnah Bericht erstatten."

Mitunterzeichnende:

Konrad Lips
Michael Segrada
Rudolf Marty
Olivier Barthe

Anton Felber
Eveline Heiniger
Peter Metzinger

Markus Erni
Thomas Gartmann
Esther Wyss-Tödtli

Nadine Burtscher
Pascal Stüssi
Sven Johannsen

Begründung

Markus Erni (SVP) begründet den Antrag. Dieser wurde neutral gehalten, da verschiedene Vorstösse dazu bereits behandelt wurden. Grundlage war der Bericht zum Vorstoss von Johannes Küng, mit der Variante 3. Der Gemeinderat soll entscheiden, was mit dem Geld geschieht, da dies einfach und mit wenig Aufwand zu realisieren ist und ein Miteinbezug der Bevölkerung schwierig und teuer wäre.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Markus Erni zitiert den Satz aus der Antwort der Kleinen Anfrage von Maya Ritschard, dass gemäss Art. 25 der Gemeindeordnung der Gemeinderat zuständig ist für den Voranschlag, also die Budgethoheit hat. Der Gemeinderat kann die Aufteilung des Geldes selber bestimmen, er hat es selber in der Hand. Im Beschlussesantrag geht es darum, einen Auftrag ans Büro zu erteilen, um einen Ideenwettbewerb zu lancieren, wie man zur Verteilung des Geldes kommt. Im Büro sind alle Fraktionen vertreten, dort kann es besprochen und ein Antrag an den Gemeinderat erarbeitet werden. Im Beschlussesantrag ist der Weg beschrieben, wie die guten Vorschläge gesammelt werden sollen. Die Ideengeber können ihre Ideen dann im Gemeinderat an einer Versammlung vorstellen. Vorteile sind, man kann sich zu Projekten zusammenschliessen und somit grössere Projekte erarbeiten und unpopulären Ideen zu einem Durchbruch verhelfen. Die Ideensammlung und Projekte können dem Stadtrat für die nächste Budgetberatung übergeben werden. Der gesetzliche Rahmen wird eingehalten und die Verwaltung mit Aufwand geschont. Er bittet um Unterstützung dieses Vorstosses.

Diskussion

Johannes Küng (SP) stellt einen Ablehnungsantrag und erklärt, die ZKB hat die Jubiläumsdividende ausgeschüttet mit der Hoffnung, dass die Gemeinden das Geld in möglichst sichtbarer Form der Bevölkerung zukommen lassen. Es sollen Projekte umgesetzt werden, die in den regulären Budgets kein Platz finden. Hier im Gemeinderat gelingt zumindest sehr erfolgreich, dass immer wieder über das schöne Geschenk der ZKB gesprochen wird. Die SP/AL-Fraktion hat bald nach dem Bekanntwerden der Ausschüttung eine Idee eingebracht, wie die Ideenfindung breit angelegt werden und die Zivilgesellschaft in den Prozess eingebunden werden könnte. Diese Idee wurde vom Stadtrat damals als zu aufwendig und kostenintensiv beurteilt. Nun liegen gleich zwei Ideen vor, die ebenfalls den Prozess der Ideenfindung beschreiben. Dabei sind eigentliche Projektideen, zumindest im Gemeinderat, längst vorhanden. Es leuchtet nicht ein, warum das Geld zwischen dem Stadtrat und dem Gemeinderat aufgeteilt werden soll. Ebenfalls nicht, wie durch die beschriebenen Prozesse die vorhandenen Ideen schneller umgesetzt werden sollen. Sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat hat die Kompetenz, konkrete Projekte vorzuschlagen und die Umsetzung zu veranlassen. Die meisten Ideen, so zum Beispiel der Pumptrack oder die Streetworkout-Anlagen, liegen finanziell wahrscheinlich sogar komplett in der Kompetenz des Stadtrats.

Statt wiederum darüber zu diskutieren, wie ein möglicher Prozess der Ideenfindung aussehen könnte, sollten jetzt konkrete Projekte angegangen werden. Die SP/AL-Fraktion wird darum den vorliegenden Beschlussesantrag nicht unterstützen. Stattdessen wird in einem Vorstoss gefordert, der heute zirkuliert, eine Streetworkout-Anlage zu erstellen und gibt dem Stadtrat so die Möglichkeit, ein breit abgestütztes Anliegen aufzunehmen und umzusetzen. Die Mitglieder und Fraktionen des Gemeinderats werden aufgefordert, es gleich zu tun und konkrete Ideen, die durch die Jubiläumsdividende finanziert werden können, vorzuschlagen.

Martin Christen (CVP) bittet darum, es nicht kompliziert zu machen. Dieser Beschlussesantrag ergänzt sich mit dem nachfolgenden Postulat. Der Gemeinderat entscheidet, aber der Stadtrat begleitet. Die Ideen sind schnell gesammelt. Mit dem Postulat wird der Rahmen gesetzt, das Geld gesetzeskonform zu verteilen. Das Projekt kann nicht ohne Stadtrat vollzogen werden. Das Postulat wurde vom Stadtrat angenommen, es ist das richtige Instrument für diesen Weg.

Nadine Burtscher (EVP) sagt, die EVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Beschlussesantrag das richtige politische Instrument ist, um mit der ZKB-Dividende im Gemeinderat und schlussendlich für die Dietiker Bevölkerung etwas zu erreichen. Der Stadtrat hat klar kommuniziert, dass der Ball beim Gemeinderat liegt. Man will dies nun aktiv an die Hand nehmen, steht hinter dem Vorgehensvorschlag und unterstützt den Beschlussesantrag. Nadine Burtscher bittet den Gemeinderat, dies ebenfalls zu tun, damit man bald mit der Ausarbeitung starten kann. Ein Ideenwettbewerb ermöglicht eine Realisierung von kreativen und innovativen Projekten für alle.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Beat Hess (Grüne) ist nicht sicher, ob man beide Vorstösse unterstützen soll? Man hat das Gefühl, mit dem Postulat könnten die Fraktionen sich selber besser einbringen. Diese sind dann auch gefordert, originelle und praktikable Ideen zu finden, umso mehr werden sie sich damit identifizieren können. Man ist der Meinung, mit dem Postulat kommt man schneller ans Ziel und verpufft weniger Energie als bei einem Ideenwettbewerb.

Kerstin Camenisch (SP) meint, sowohl der Beschlussesantrag wie auch das Postulat würden den Prozess erläutern wie man zur Meinungsfindung kommt. Wieso soll der Prozess verlängert werden? Die Struktur mit den Grundlagen der Budgethoheit ist gegeben und die Umsetzung definiert. Man ist schneller, Projekte könnten schneller umgesetzt werden.

Michael Segrada (FDP) findet, mit dem Vorgehen gemäss Beschlussesantrag wird der Prozess strukturierter und klarer für alle. Es ist ein einfaches Vorgehen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag.

Sven Johannsen (GLP) sagt, er wird den Beschlussesantrag unterstützen. Es ist ein innovativer Prozess, welcher die Finanzkompetenzen von Gemeinderat und Stadtrat gleichsam berücksichtigt. Es dauert etwas länger, das stört aber nicht. Er sieht das Geld als einen Betrag, welcher innovativ eingesetzt werden kann. Die ZKB und die Stadt haben eine gegenseitige Zusammenarbeit im finanziellen Bereich. Man ist froh um den Topf, das Verfahren ist neu und spannend. Es ist wie bei "Die Höhle der Löwen", welches ein für das Publikum populäres TV-Format ist. Die Gemeinderatssitzung, an welcher dieses Geschäft behandelt wird, wird eine denkwürdige, mit Publikum und Presse, welche durchaus mal applaudieren könnten. Die Idee ist ein Experiment wert und deshalb unterstützt er den Vorstoss.

Martin Christen (CVP) stellt klar, dass die Fraktion den Vorstoss unterstützt. Das Anliegen ist, dass auch das nachfolgende Postulat überwiesen wird.

Johannes Küng (SP) stellt zwei Projekte vor, bei welchen keine Baubewilligung oder Submission vergeben werden müssen (Streetworkout-Anlage, Pump-Track). Man erhält sicherlich Unterstützung vom Kanton, wenn die Projekte frühzeitig bekannt gegeben werden. Er sieht keinen Mehrwert in einem Ideenwettbewerb im Gemeinderat.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Gemeinderat beschliesst:

Der Beschlussesantrag von 13 Mitgliedern des Gemeinderates wird mit 18 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen gutgeheissen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung an:

- Alle Mitglieder des Gemeinderates;
- Büro des Gemeinderates;
- Stadtrat.

31. Sitzung vom 5. November 2020

E2.04 Gesamtenergiekonzept, Energiewirtschaft

Photovoltaik auf städtischen Gebäuden

Motion

Andreas Wolf (Grüne), Mitglied des Gemeinderates, und 18 Mitunterzeichnende haben am 1. Oktober 2020 folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, das Potenzial für Photovoltaikanlagen auf bestehenden und geplanten städtischen Gebäuden bis 2030 auszuschöpfen.

Begründung:

"Solarmodule zu importieren ist heute günstiger als Erdöl einzuführen. Und zwar um den Faktor 15 pro nutzbare Kilowattstunde. Die Arbeitsplätze bleiben zudem in der Schweiz. Theoretisch würden die Schweizer Gebäude für die Photovoltaik ausreichen, um zusammen mit der Wasserkraft genug Energie für die Schweiz zu erzeugen, inklusive Mobilität und Heizung." Dies sagte letztes Jahr Christophe Ballif vom Photovoltaiklabor der ETH in der Limmattaler Zeitung.

2019 nutzte Dietikon noch nicht einmal 2 % seines Potentials auf Dächern für Solarstrom. Es liegt damit im Kanton Zürich im hintersten Drittel der Rangliste. Spitzenreiter ist Knonau mit 16.7 %. Gesamtschweizerisch liegen Courgenay (JU), Mellikon (AG), Neuendorf (SO) und Sévaz (FR) an der Spitze. Sie alle nutzen bereits heute über 20 % ihres Solarstrompotentials auf Dächern.

"Die öffentliche Hand soll mit gutem Beispiel vorangehen" sagte die damalige Dietiker Energiebeauftragte bereits 2013. Dies soll Dietikon nun auch bei der Photovoltaik machen und das Sonnenstrompotential laut Solarpotentialkarte des Kantons Zürich in den nächsten 10 Jahren auf städtischen Gebäuden voll ausnutzen. Dabei soll die Stadt die Photovoltaikanlagen selbst erstellen lassen oder, wo das nicht sinnvoll ist, die Dachflächen Drittanbietern (z.B. EKZ oder Solarify) zur Verfügung stellen."

Mitunterzeichnende:

Martin Christen	Mike Tau	Philipp Sanchez	Catherine Peer
Roland Schürch	Martin Steiner	Beat Hess	Catalina Wolf-Miranda
Johannes Küng	Christiane Ilg-Lutz	Olivier Barthe	Kerstin Camenisch
Manuel Peer	Peter Metzinger	Silvan Fischbacher	Sven Johannsen
Nadine Burtscher	Ernst Joss		

Der Stadtrat hat gegen eine Überweisung der Motion nichts einzuwenden.

Begründung

Andreas Wolf (Grüne) sagt, Dietikon ist zwar Energiestadt Gold, hinkt aber bei der Ausnutzung des Potentials für Photovoltaik-Anlagen hinter den anderen Gemeinden hinterher. Nicht einmal 2 % der laut Kanton geeigneten Flächen werden durch Sonnenenergie genutzt. Dietikon rangiert im Kanton Zürich im hintersten Drittel der Liste. Dies ist ein Aufruf zum Handeln. Als Energiestadt Gold hat die Stadt eine Vorbildfunktion, die sie bei der Produktion von erneuerbaren Energien einnehmen sollte. Bis in 10 Jahren soll das Potenzial mit Photovoltaik auf städtischen Gebäuden ausgenutzt werden. Dadurch sollen die Energieziele erreicht und ein Beitrag zu den nationalen Klimazielen und den negativen Auswirkungen des Lebensstils geleistet werden.

Nicht nur klimapolitisch zahlt sich die Förderung von Photovoltaik aus. Mit dem Ausbau der Sonnenenergie wird Dietikon weniger abhängig vom Ausland und im Inland werden mehr Arbeitsplätze geschaffen. Die Kosten für Photovoltaik sind in der Zwischenzeit gesunken und es macht wirtschaftlich Sinn, auf Photovoltaik zu setzen. Wo dies für die Stadt zu wenig attraktiv ist, soll sie Flächen Dritten

31. Sitzung vom 5. November 2020

zur Verfügung stellen. Neben dem EKZ gib es sicher weitere interessierte Firmen. Nun argumentieren die einen, Peaks von Solarstromproduktion sind genau dann, wenn es sowieso schon genug Strom auf dem Markt hat. Richtig, aber es gibt mittlerweile Möglichkeiten, Strom zu speichern, zum Beispiel mit Batterien oder über längere Zeiträume durch Power-to-gas. Die Entwicklung wird in den nächsten Jahren Fortschritte machen. Es freut ihn, dass der Stadtrat die Motion übernehmen möchte. Saubere und günstige Energie, was will man mehr! Es soll in die Zukunft investiert werden. Nutzt man die Energie der Sonne, nutzt man die grösste Energiequelle, die man hat. Soweit es Sinn macht durch die Stadt, alternativ durch Drittanbieter.

Der Gemeinderat beschliesst:

Die Motion von Andreas Wolf (Grüne) betreffend Photovoltaik auf städtischen Gebäuden wird an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat 6 Monate Zeit, um einen Bericht und einen Antrag zu erstellen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Andreas Wolf, Untere Reppischstrasse 7, 8953 Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

Z2.04.01 Aufbau, Gliederung Zivilschutz

Zivilschutz Limmattal

Postulat

Martin Steiner (SP), Mitglied des Gemeinderates, und 10 Mitunterzeichnende, haben am 3. September 2020 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob sich eine Beibehaltung der aufgrund der SARS-COV-19-Krise gegründeten Zivilschutzorganisation Limmattal aus organisatorischen Gründen anbietet. Dabei soll ein Augenmerk auf potenzielle organisatorische und finanzielle Auswirkungen gelegt werden. Ferner wird der Stadtrat angehalten, mit den Trägergemeinden der anderen Zivilschutzorganisationen "Limmattal Süd" und "Gubrist" Verhandlungen über die Gründung eines geeigneten rechtlichen Überbaus für eine solche Organisation aufzunehmen."

Begründung

Zur Sicherung der wichtigsten Gesundheitseinrichtungen im Limmattal sahen sich die Trägergemeinden der Zivilschutzorganisationen Dietikon, Limmattal Süd und Gubrist gezwungen, ihre Kräfte zu bündeln, um insbesondere die ZSO-gebietsübergreifenden Spitexorganisationen zu unterstützen, den unterbruchfreien Betrieb des Spitals Limmattal sicherzustellen sowie den Betrieb der im Limmattal ansässigen Alters- und Pflegezentren zu sichern."

31. Sitzung vom 5. November 2020

Unter dem Namen "ZSO Limmattal" organisierten sich die drei Organisationen innert kürzester Zeit neu und erwiesen sich als schlagkräftige Unterstützung für das lokale Gesundheitswesen. Unser Zivilschutz hat grossen Anteil daran, dass der Krisenbetrieb am Spital in so kurzer Zeit aufgebaut werden konnte und dieser auf eine grosse Einweisungswelle von COVID-19-Patienten gut vorbereitet war.

Nun gilt es, aus der Krise und dem Zusammenschluss zu lernen und gewonnene Erkenntnisse für die Zukunft zu nutzen.

Der COVID-19-Einsatz hat gezeigt, dass eine zentral geführte Organisation im Stande ist, diverse Einsatzorte über die ganze Region mit minimalem Koordinationsaufwand abzudecken.

Weitere Reformen auf nationaler Ebene beschäftigen die Zivilschutzorganisationen nun zusätzlich: Insbesondere durch die Revision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG), welche die Dienstzeit der Zivilschutzleistenden stark verkürzt und in der Folge die Personalbestände der Zivilschutzorganisationen der Region auf die Hälfte reduziert, ist eine Effizienzsteigerung der ZSO angezeigt.

Eine Neuorganisation des Zivilschutzes sollte einerseits die internen Kommunikationswege verkürzen und den Personalbestand des Zivilschutzes und damit auch seine vielseitige Einsetzbarkeit stabilisieren. Andererseits können durch einen Zusammenschluss Verbundeffekte genutzt werden und so die Einsatzfähigkeit des Zivilschutzes beibehalten und die Kosten gesenkt werden. Ferner können durch einen solchen Zusammenschluss auch die zivilen Kräfte im Krisenfall schneller und zielorientierter entlastet werden.

Diese Aufzählung ist nicht abschliessend. Aus den genannten Gründen soll geprüft werden, ob die "ZSO Limmattal" diesen Anforderungen gerecht werden kann und - sofern angezeigt - sollten die Gemeinden im Bezirk die dazu notwendigen Verhandlungen aufnehmen."

Mitunterzeichnende:

Roland Schürch

Philipp Sanchez

Ernst Joss

Beat Hess

Andreas Wolf

Manuel Peer

Catalina Wolf-Miranda

Kerstin Camenisch

Silvan Fischbacher

Johannes Küng

Der Stadtrat hat gegen eine Überweisung des Postulats nichts einzuwenden.

Begründung

Martin Steiner (SP) erklärt, gleichzeitig mit dem Lockdown mussten alle Spitäler schweizweit ihre elektiven Eingriffe, also alle verschiebbaren Operationen und Behandlungen verschieben, um Platz zu machen für die grosse Einweisungswelle, welche aufgrund der Coronapandemie bevorstand. Gleichzeitig mussten Zivilschutzorganisationen Gesundheitseinrichtungen wie Spitäler, Alters- und Pflegeheime und die Spitex logistisch und personell unterstützen, um die Einrichtungen vor dem Kollaps zu schützen. Dies auch im Limmattal. Die drei Zivilschutzorganisationen Dietikon, Limmattal Süd und Gubrist haben während der nationalen Gesundheitskrise Grosses geleistet, um die betroffenen Institutionen in Betrieb zu halten.

Sein Dank geht an alle Zivilschützerinnen und Zivilschützer, Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, an die Angehörigen der Armee, welche einen Einsatz während Corona geleistet haben und er dankt allen, welche die Funktionalität des Gesundheitssystems aufrechterhalten haben.

Trotz allem Lob ist es nun Zeit, die vorhandenen Strukturen auf ihre Funktionalität zu prüfen. Bald, nach Beginn der Krise, mussten die drei Zivilschutzorganisationen einsehen, dass nicht jede für sich alleine ihren Auftrag im Limmattal erfüllen kann. So hätte das Spital Limmattal von der Zivilschutzor-

31. Sitzung vom 5. November 2020

ganisation Limmattal Süd alleine unterstützt werden müssen, dies, obwohl das Spital einem bezirksweiten Zweckverband angehört. Ähnliche Probleme zeigten sich auch bei den Spitexorganisationen, ihre Einsatzgebiete sind nicht deckungsgleich mit denen der Zivilschutzorganisationen.

Eine Kräftebündelung ist deshalb angezeigt, um den Bedürfnissen aller hilfsbedürftigen Organisationen gerecht zu werden. Die Zusammenarbeit war vielleicht nicht immer perfekt, man musste ad-hoc einrichten und ist an Ecken und Enden auf Probleme gestossen. Aber man konnte den Auftrag erfüllen und spürte an vielen Orten die Zusammenarbeit. Durch die zentrale Kommandostruktur wurde es einfacher, die Einsätze im Limmattal zu koordinieren.

Der gemeinsame Einsatz ist mittlerweile wieder beendet und die Abrechnung bald erledigt. Leider sind damit die Probleme der Zivilschutzorganisationen im Limmattal nicht gelöst, grosse Herausforderungen machen sich bemerkbar. Diesmal nicht in Form eines Virus, sondern in Form einer nationalen Gesetzesreform. Das neue Zivil- und Bevölkerungsschutzgesetz sieht vor, die Dienstzeit eines Zivilschutzsoldaten von 20 auf 12 Jahre zu kürzen. Eine gute Nachricht für den Soldaten, eine schlechte für die Gemeinden. Man ist mit diesen Abgängen nicht mehr in der Lage, die Mindestbestände zu erfüllen. Heisst, ab nächstem Jahr wäre man bei einem Katastrophenfall nicht mehr einsatzfähig.

Mit einem Zusammenschluss der drei Limmattaler Zivilschutzorganisationen wäre man in der Lage, diesen Effekt abzufedern. Im Moment müssen alle drei Organisationen zusammen ca. 720 Zivilschützer stellen. Würde man die drei als eine Organisation betrachten, wären es nur ca. 550 Zivilschützer, da es einen Verteilschlüssel in Abhängigkeit von der Bevölkerungsdichte gibt.

Nach der Gesetzesreform gäbe es somit eine Ausbildungslücke von ca. 2 bis 5 Jahren, anstatt 8 bis 10 Jahren, bis der Sollbestand wieder erfüllt wäre. In diesem Fall wäre die Einsatzbereitschaft des Zivilschutzes im ganzen Limmattal mehr oder weniger sichergestellt.

Sollte nun nichts unternommen werden, könnte eine Unterversorgung entstehen. Das soll mit diesem Vorstoss verhindert werden. Seit der Coronakrise weiss man, dass ein Miteinander auf Zivilschutzebene möglich ist. Operativ hat es funktioniert. Benötigt wird nun die politische Arbeit. Es braucht einen rechtlichen Mantel, zum Beispiel einen Zweckverband. Dieser Rahmen soll geschaffen werden. Deshalb die Forderung an den Stadtrat: Nehmt mit den anderen politischen Verantwortlichen für den Zivilschutz im Limmattal Kontakt auf und startet mit den Verhandlungen über einen gemeinsamen Zivilschutz. Ohne dies wäre das eine schlechte Variante.

Der Gemeinderat beschliesst:

Das Postulat von Martin Steiner (SP) betreffend Zivilschutz Limmattal wird an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat 6 Monate Zeit, einen Bericht zu erstellen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Martin Steiner, Sonneggstrasse 10, 8953 Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

31. Sitzung vom 5. November 2020

W1.03 Wasserversorgung, Organisation und Verwaltung

Blue Communities

Postulat

Martin Steiner (SP), Mitglied des Gemeinderates, und 14 Mitunterzeichnende, haben am 3. September 2020 folgendes Postulat eingereicht:

"Der Stadtrat wird eingeladen, Massnahmen auszuarbeiten und umzusetzen, um die städtische Verwaltung als Blue Community anerkennen zu lassen. Ferner ergreift er Massnahmen zur Steigerung der Wertschätzung der hohen Dietiker Wasserqualität."

Als Blue Community anerkennt die Stadt Dietikon die folgenden Grundsätze:

1. *Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser*
2. *Anerkennung von Wasser als öffentliches Gut*
3. *Wo möglich Verwendung von Leitungswasser und Verzicht auf Flaschenwasser*
4. *Pflege von Partnerschaften mit internationalen Partnern, die sich für öffentliche Kooperationen engagieren.*

Begründung

Blue Community ist ein internationales Netzwerk, das sich für das Menschenrecht auf freien Zugang zu Trinkwasser und gegen die Privatisierung der Wasserversorgung engagiert. Die Abstimmung über das kantonale Wassergesetz am 19. Februar 2019 hat klar gezeigt, dass die Bevölkerung des Kantons Zürich und im speziellen auch die Dietikerinnen und Dietiker nichts von einer möglichen Wasserprivatisierung hält. Mitglied der internationalen Blue Communities kann werden, wer sich mit einer Selbstverpflichtung zu den obigen Grundsätzen bekennt. Bisher sind in der Schweiz die Städte Bern, Neuenburg und St. Gallen sowie diverse Universitäten und Hochschulen sowie verschiedene Institutionen und Organisationen Blue Communities. Die Stadt Dietikon soll ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und auch klimapolitisch ein Zeichen für mehr Nachhaltigkeit und Umwelt - und damit auch zum Wasserschutz - setzen. Mit der Selbstdeklaration zur Blue Community trägt die städtische Verwaltung dazu bei, den Plastikmüll zu reduzieren und setzt ein Zeichen: Wasser ist ein Menschenrecht, kein Produkt."

Mitunterzeichnende:

Andreas Wolf	Kerstin Camenisch	Roland Schürch	Philipp Sanchez
Beat Hess	Catalina Wolf-Miranda	Ernst Joss	Johannes Küng
Manuel Peer	Peter Metzinger	Michael Segrada	Olivier Barthe
Silvan Fischbacher	Martin Christen		

Der Stadtrat hat gegen eine Überweisung des Postulats nichts einzuwenden.

Begründung

Martin Steiner (SP) möchte mit seinem Vorstoss Dietikon als "Blue Community" erklären. Dies beinhaltet die 4 Prinzipien wie im Postulat aufgezeigt.

Dietikon verfügt über eine ausserordentlich gute Wasserqualität. Das kann man jedes Jahr im Geschäftsbericht nachlesen. Man kann auch lesen, wie es um das Leitungsnetz bestellt ist und wie viele Messungen mit wie vielen Grenzwertübertretungen gemacht wurden. Das Urteil ist schnell klar,

31. Sitzung vom 5. November 2020

Dietikon setzt alles daran, ihren Einwohnerinnen und Einwohnern eine grossartige Wasserqualität zu bieten. Mit dem Postulat soll erreicht werden, dass es so bleibt.

Mit einem Beispiel erklärt Martin Steiner, was passiert, wenn die öffentliche Hand sich aus der Wasserversorgung zurückziehen würde. Er muss aber alle enttäuschen, welche glauben, dass nun eine Geschichte über Menschenrechtsverletzungen in Afrika kommt. Gedanklich begibt man sich nämlich nach Berlin. Dort teilprivatisierte der damalige Bürgermeister, Eberhard Diepgen, die städtischen Wasserwerke im Jahr 1999. 49,9 % der Anteile gingen an den französischen Konzern Veolia und an das deutsche Energieunternehmen RWE. Das Ziel war, das Haushaltsdefizit abzubauen. Die Wasserpreise in Berlin stiegen darauf massiv an, was zum Unmut der lokalen Bevölkerung führte. Es mündete in einem öffentlichen Protest, welcher die Stadt Berlin schlussendlich zwang, die Wasserwerke im Jahr 2014 wieder zurückzukaufen. Dies zu einem viel höheren Preis, da das Unternehmen in der Zwischenzeit mehr wert war.

Eine Studie der technischen Universität Wien hat sich mit der Privatisierung von Wasserversorgungen in Europa auseinandergesetzt und ist zum Schluss gekommen, dass, Zitat: "... öffentliche Wasserversorgung billiger, effizienter und weniger anfällig für Korruption ist".

Mit diesen vier einfachen Prinzipien lässt sich ein Rahmen schaffen, welcher solche Versuche im Vorherein unterbindet und längerfristig eine hochwertige Wasserversorgung gewährleistet.

Der Gemeinderat beschliesst:

Das Postulat von Martin Steiner (SP) betreffend Blue Communities wird an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat 6 Monate Zeit, einen Bericht zu erstellen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Martin Steiner, Sonneggstrasse 10, 8953 Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

V2.02.01.03 Limmattalbahn

Design der Limmattalbahn-Fahrzeuge

Postulat

Ernst Joss (AL), Mitglied des Gemeinderates, und 18 Mitunterzeichnende haben am 1. Oktober 2020 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat, nochmals das Gespräch zu suchen, um das Design der Fahrzeuge der Limmattalbahn zu verbessern und sie insbesondere klar als Fahrzeuge der Limmattalbahn und nicht der AVA erkennen zu lassen. Es muss sichergestellt werden, dass eine allfällige Werbung das Erscheinungsbild nicht beeinträchtigt und insbesondere die Fenster nicht grossflächig überklebt werden.

31. Sitzung vom 5. November 2020

Begründung:

Die Limmattalbahn soll die Bahn von Limmattalerinnen und Limmattalern sein. Dies soll auch im Design klar zum Ausdruck kommen. Leider trifft dies beim aktuellen Vorschlag nicht zu.

In Frankreich haben die Trams je nach Stadt ein eigenes Erscheinungsbild. So erinnern diejenigen von Lyon an Seidenraupen und diejenigen von Marseille an ein Schiff. Es gibt Städte, in welchen jede Linie ein eigenes Design hat. So soll sich die Bevölkerung mit ihrem Tram identifizieren können. Das Gleiche sollte auch für die Limmattalbahn gelten. Darauf wies man frühzeitig hin. Die Glattalbahn ist auch gut als Glattalbahn erkennbar. Das Logo des Betreibers VBZ ist nur sehr klein zu finden.

Nun besteht die AVA (Aargau Verkehr AG) darauf, ihr Logo prominent auf den Fahrzeugen zu platzieren. Wer die Limmattalbahn in einer Station einfahren sieht, erkennt auf der Frontseite das AVA-Signet. Es kommt also die AVA und nicht die Limmattalbahn. Merkwürdig die Aussage eines Mitarbeiters der AVA, man sei entgegengekommen und habe das AVA weniger gross angebracht. Dies erstaunt. Die AVA hat einen Auftrag, wird dafür bezahlt und hat zu tun, was der Auftraggeber will. Eine Limmattalbahn, welche in erster Linie als AVA – also als Aargauer Bahn – daherkommt, wird Mühe mit der Akzeptanz haben. Dies ist aus Marketinggründen ein krasser Fehler.

Noch sind die Fahrzeuge nicht produziert. Jetzt ist es noch Zeit, am Design Änderungen vorzunehmen. Wenn die AVA am Erfolg der Limmattalbahn interessiert ist, dann muss sie einer Designänderung zustimmen, damit die Limmattalerinnen und Limmattaler die Bahn als ihre Bahn erkennen."

Mitunterzeichnende:

Roland Schürch	Kerstin Camenisch	Roger Bleuler	Martin Steiner
Philipp Sanchez	Manuela Ehmann	Catalina Wolf-Miranda	Manuel Peer
Silvan Fischbacher	Johannes Küng	Michael Segrada	Andreas Wolf
Thomas Gartmann	Peter Metzinger	Luciano Gianola	Eveline Heiniger
Mike Tau	Konrad Lips		

Der Stadtrat hat gegen eine Überweisung des Postulats nichts einzuwenden.

Begründung

Ernst Joss (SP) erklärt, die Limmattalbahn wird in gut zwei Jahren durch das Limmattal fahren. Die Bahn wird mit ihrem Design eine Identifikationsfigur sein im Limmattal. Am Runden Tisch entstand Unverständnis, als man erstmals das Design der Bahnen gesehen hat. Er erwähnt die Bahnen anderer Städte wie Lyon oder Marseille, welche die Logos des Orts oder Region zeigen. Man hat einen Betreiber gesucht, trotz günstigem Preis der VBZ hat die Aargau Verkehr AG (AVA) den Auftrag erhalten. Das Aussendesign wurde in einem partizipativen Prozess erstellt. Herausgekommen ist eine dominante Gestaltung. Die AVA sagt, man sei den Kantonen und Gemeinden mit dem Logo bereits entgegengekommen. Ernst Joss hat das Gefühl, man habe die Rolle bei der AVA nicht verstanden, Auftraggeber ist schlussendlich die Limmattalbahn AG. Das VBZ-Logo bei der Glattalbahn ist zum Beispiel ganz klein. So müsste es auch bei der Limmattalbahn sein. Ein anderer Vorstoss in die gleiche Richtung wurde bereits im Schlieren lanciert. Der dortige Stadtrat will aber keine Diskussion zum Design führen. Ist hier eine gewisse Resignation vorhanden? Wenn die AVA ihre Rolle versteht, dann sollte das Logo nicht so dominant sein, dann muss Limmattalbahn auf der Bahn stehen. Der ZVV war mit dem Design einverstanden. Man hat noch Zeit, hier etwas zu ändern und ein Design hinzubringen, welches das Limmattal in den Vordergrund stellt. Auch die AVA würde vom Erfolg der Limmattalbahn profitieren. Er bittet den Stadtrat, die Gespräche zu suchen, um die Identifikation und den Erfolg der Limmattalbahn sicherzustellen und bittet um Unterstützung im Gemeinderat für das Postulat.

Diskussion

31. Sitzung vom 5. November 2020

Beat Hess (Grüne) stellt einen Antrag auf Ablehnung. Er findet das Design schlicht, klar und gelungen. Natürlich soll keine Werbung darauf stehen. Betreffend dem Logo ist er mit Ernst Joss nicht einig, der Betreiber soll sein Logo zeigen können. Er bezweifelt, ob die Fahrgäste das Logo kümmern. Man steigt in ein modernes Fahrzeug mit einem modernen Logo. Er vermutet, in diesem Postulat steckt Abgrenzung und Wehleidigkeit, statt Grosszügigkeit und Toleranz. Er kann nicht für alle Limmattalerinnen und Limmattaler sprechen, sondern äussert hier seine eigene Meinung. Er ist auch ein Limmattaler. Beat Hess plädiert, kein Aufheben um die Grösse eines Logos zu machen und das Postulat nicht zu überweisen.

Manuel Peer (SP) bittet darum, der Nichtüberweisung nicht zu folgen. Es geht darum, dass die Bahn langweilig ist. Das Fahrzeug soll Kontur und Charakter haben. Er bittet darum, das Postulat zu überweisen, damit die Limmattalbahn Farbe bekommt und man stolz auf die Bahn sein kann.

Der Gemeinderat beschliesst:

Das Postulat von Ernst Joss (AL) betreffend Design der Limmattalbahn-Fahrzeuge wird mit 27 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

Der Stadtrat hat 6 Monate Zeit, einen Bericht zu erstellen.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erhoben werden (§ 19 Abs. 1 lit. a und d i.V.m. § 19b Abs. 2 lit. c sowie § 20 und § 22 Abs. 1 VRG). Die Rekurschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist, soweit möglich, beizulegen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Ernst Joss, Grabackerstrasse 17, 8953 Dietikon;
- Sekretariat Gemeinderat;
- Stadtrat.

GEMEINDERAT DIETIKON



Gabriele Olivieri
Präsident



Patricia Meyer
Sekretärin

Andreas Wolf
Stimmzähler

Manuela Ehmman
Stimmzählerin

Michael Segrada
Stimmzähler